

«Uns kann man nicht zwingen, das Bankgeheimnis abzubauen»

Interview mit S.D. Fürst Hans-Adam II. zur Zukunft Liechtensteins

grundsätzlich hereinlassen wollen. Der Landtag hätte jedes Jahr diese Zahl neu festlegen sollen. Ein gewisser Prozentsatz von ungefähr 20 Prozent dieser Zahl hätte man für Flüchtlinge und dergleichen reservieren sollen. Die restlichen rund 80 Prozent hätte man versteigern können. Jedes Unternehmen hätte nur einen gewissen Prozentsatz ersteigern können. Aus dem Erlös sollte man die Integration von Flüchtlingen finanzieren. Es werden nämlich auch in Zukunft Flüchtlinge in unser Land kommen. Und wenn wir Flüchtlinge aufnehmen, können wir auch von anderen Staaten verlangen, dass sie Flüchtlinge aufnehmen, falls bei uns wieder einmal eine grössere Gruppe auftauchen sollte. Auf diese Art hätte man den Flüchtlingen Ausbildungsmöglichkeiten gegeben und somit wären sie integriert worden. Vielleicht ist dies ein etwas utopisches Modell, das gebe ich zu. Es hätte jedoch den Vorteil besessen, dass die Zuteilung nach Gesichtspunkten erfolgte, die für die Volkswirtschaft Sinn macht. Auf der anderen Seite hätte man die entsprechenden Einnahmen gehabt, die Ausbildung der Flüchtlinge zu finanzieren und damit die Integration zu erleichtern.

Ich glaube, dass die Entwicklung des letzten Jahres eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz um Jahre zurückgeworfen hat.

In Zukunft wird sich Liechtenstein auch damit auseinandersetzen müssen, dass die Schweiz Mitglied der EU wird. Welche Auswirkungen hätte eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz auf unser Land?

Auf der einen Seite hätten wir mit der Schweiz jemand in der EU, der Verständnis für unsere Probleme hätte. Dies wäre sicher ein Vorteil. Auf der anderen Seite wäre dies eine Herausforderung für unser Land, da wir dann eine Insel wären. Ich glaube nicht, dass eine EU-Mitgliedschaft Liechtensteins auch bei einem EU-Beitritt der Schweiz für uns in Frage kommt. Wir müssen mit dem EWR oder einem ähnlichen Vertrag versuchen über die Runden zu kommen. Ich glaube, dass die Entwicklung des letzten Jahres eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz um Jahre zurückgeworfen hat. Zum einen hat die Behandlung Österreichs durch die EU manchen Menschen in der Schweiz zu denken gegeben. Ich glaube auch, dass dieses Verhalten für die EU als solche grossen Schaden zugefügt hat. Vermutlich grösseren Schaden, als man heute wahrnimmt. Man muss berücksichtigen, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung der EU diese Massnahmen abgelehnt hat. Dies hat also nicht zur Popularität der EU in der EU beigetragen. Zum anderen gibt der Druck der EU auf die Schweiz bezüglich Bankgeheimnis und Steueroase bzw. Steuerharmonisierung vielen Schweizerinnen und Schweizern zu denken. Diese zwei Massnahmen haben der Bewegung, welche sich für einen EU-Beitritt der Schweiz einsetzt, geschadet. Ich glaube nicht mehr, dass die Schweiz in diesem Jahrzehnt der EU beitreten wird.

Sie haben zuvor gesagt, dass die Schweiz sehr viel Verständnis für unser Land aufbringen würde. Wie beurteilen Sie grundsätzlich das Verhältnis Liechtenstein – Schweiz?

Meines Erachtens ist es ein gutes Verhältnis. Man versteht sich gut und man hat während Jahrzehnten gut und eng zusammen gelebt. Dies tut man auch heute noch. Das Verhältnis ist so gut, dass man sehr offen miteinander sprechen



Hans-Adam II.: «Solange wir unser eigenes Haus nicht in Ordnung bringen, stehen wir vor einem Problem und schaffen für unsere Freunde im Ausland ein Problem. Deshalb müssen wir so rasch als möglich unser eigenes Haus in Ordnung bringen.»

kann und auch kritisiert, wenn Kritik notwendig ist. Dieses Verhältnis leidet auch nicht, wenn man Kritik übt.

Man kann aber nicht den Fünfer und das Weggli haben.

Tatsache ist aber, dass die Schweiz sowohl bei der FATF als auch bei der OECD mitgestimmt hat, als es darum ging, Liechtenstein auf die schwarze Liste zu setzen. Weshalb hat uns die Schweiz diesbezüglich nicht geholfen, sondern sich gegen uns ausgesprochen?

Man muss hierbei berücksichtigen, dass die Schweiz selbst unter Druck gekommen ist. Die Schweiz ist deshalb selber in einer schwierigen Situation. Zudem muss man auch sehen, dass die Schweiz nicht mehr jene starke Position hat, welche sie noch vor ein paar Jahrzehnten hatte. Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass wir in Liechtenstein Fehler gemacht haben. Es hat bei der Zusammenarbeit bezüglich

der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und bei der Zusammenarbeit bezüglich Geldwäsche bei der Rechtshilfe nicht geklappt. Das hat uns natürlich geschadet und erschwert unseren Freunden im Ausland uns voll zu unterstützen. Solange wir unser eigenes Haus nicht in Ordnung bringen, stehen wir vor einem Problem und schaffen für unsere Freunde im Ausland ein Problem. Deshalb müssen wir so rasch als möglich unser eigenes Haus in Ordnung bringen.

Das Verhältnis zur Schweiz wird schon bald wegen der Abstimmung zur LSVA im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen. Hätte ein Nein zur LSVA wirklich jene negativen Folgen in Bezug auf das Verhältnis zur Schweiz wie da und dort betont wird?

Wenn wir Nein zur LSVA sagen, wird dies vermutlich bedeuten, dass wir Kontrollstellen an der Grenze zur Schweiz haben werden. Damit kann man leben. Ob wir diese Abgabe beim Zollamt Schaanwald oder an den Rheinbrücken erheben, ist für die Schweiz wahrscheinlich auch nicht entscheidend. Für

uns ist die Frage, ob es eine sinnvolle Lösung sein wird, von entscheidender Bedeutung. Hierzu kann man beide Meinungen vertreten.

Ich persönlich bin der Meinung, dass es für die absehbare Zeit vernünftiger ist, eine offene Grenze und den Zollvertrag mit der Schweiz zu haben.

Es stellt sich meines Erachtens diesbezüglich eine Grundsatzfrage. Die Schweiz braucht die LSVA wegen den bilateralen Verträgen und wegen der NEAT und wir sollen mitbezahlen. Die Schweiz erhöht regelmässig die Mehrwertsteuer und wir müssen diese Erhöhung ebenfalls immer vornehmen, obwohl wir es von der Finanzsituation des Staates her nicht nötig hätten. Inwiefern müssen wir in Zukunft Schulter an Schulter mit der Schweiz gehen oder

dürfen wir in Zukunft eine selbstbestimmte eigenständige Politik betreiben, wie es eigentlich für einen souveränen Staat üblich wäre?

Wir haben alle Optionen offen. Wir können uns entscheiden, eine eigenständige Politik zu betreiben, dafür hätten wir den Zollvertrag nicht mehr. Die offene Grenze mit der Schweiz wäre dann nicht mehr aufrecht zu erhalten. Wenn wir die offene Grenze mit der Schweiz aufrecht erhalten wollen, dann wird man natürlich in gewissen Punkten mit der Schweiz mitziehen müssen und somit Eingeständnisse machen. Es geht nur um die Frage: Was will man? Beide Wege wären möglich. Man kann aber nicht den Fünfer und das Weggli haben. Man muss sich entscheiden. Vorstellbar wären beide Wege. Ich persönlich bin der Meinung, dass es für die absehbare Zeit vernünftiger ist, eine offene Grenze und den Zollvertrag mit der Schweiz zu haben und mit den steuerlichen Abgaben mitzuziehen. Dies zumindest so lange die Schweiz nicht in der EU ist. Wir müssen dann aber unsere anderen Steuern reduzieren. Ich glaube, wir sollten uns überlegen, wo wir Steuern senken oder abschaffen können.

Wir müssen jetzt aber zuerst die Massnahmen treffen, die von uns verlangt werden, damit wir in der Lage sind, unseren Finanzplatz sauber zu halten.

Welche Steuer würden Sie senken und welche abschaffen?

Ich vertrete grundsätzlich die Meinung, die indirekten Steuern beim Staat zu haben und die direkten bei den Gemeinden. Dann kann den Gemeinden überlassen werden, was sie einheben und was nicht. Damit wäre natürlich eine gewisse Neuaufteilung der Aufgaben verbunden. Dies würde der Gemeindeautonomie sicher entsprechen und schlussendlich die Gemeinden stärken. Ich könnte mir aber auch vorstellen, dass man von staatlicher Seite her die Erbschaftsteuer und die GrundstücksgeWINNsteuer, die in manchen Bereichen einen Aufwand mit sich bringen, abschafft. Man müsste im einzelnen untersuchen, was sinnvoll ist. Wir müssten vielleicht überlegen, ob wir unser Steuersystem, so wie es heute ist, ändern müssten.

Die OECD hat sich mit ihrer schwarzen Liste ebenfalls mit den Steuern befasst. Die OECD sagte, dass wir mit Sanktionen zu rechnen hätten, falls wir unser Steuersystem nicht grundlegend ändern. Sowohl die Regierung als auch Sie sprechen genau vom Gegenteil, als das was die OECD möchte. Wie kommen wir aus dieser Sackgasse heraus?

Im Moment ist es noch undurchsichtig, was die OECD selber will. Wenn man sich dieses Papier durchliest, ist dies recht unklar. Ein wichtiger Punkt ist für die OECD die kriminellen Gelder bzw. die Steuerfluchtgelder. Dies ist für die OECD ein wichtiger Punkt. Der andere Punkt ist, und da ist bei uns sicher einiges zu tun, dass man ein Steuersystem nicht darauf ausrichten kann, dass es in erster Linie nur für die Ausländer gedacht ist. Man muss den In- und den Ausländer gleichstellen. Das haben wir nicht gemacht. Abgesehen von der Aufsicht und der Transparenz in Sachen Rechtshilfe ist dies ein Punkt, wo Handlungsbedarf besteht.

Die EU hat vor einigen Wochen an ihrem Gipfel in Portugal die Steuer-

Fortsetzung auf Seite 7

«Für einen Kleinstaat ist die Beweglichkeit ein grosser Vorteil»

Interview mit S.D. Fürst Hans-Adam II. zur Zukunft Liechtensteins

harmonisierung in Sachen Zinsbesteuerung beschlossen. Die EU will Gespräche mit der Schweiz und Liechtenstein führen, damit diese beiden Länder dieses Abkommen übernehmen. Wie beurteilen Sie dieses Abkommen in Bezug auf unser Land?

Zuerst muss man berücksichtigen, dass die EU auch gegenüber der Schweiz die Politik vertritt, dass das Bankgeheimnis für Steuerflüchtlinge abgeschafft werden soll. Im Moment scheint nicht die Quellensteuer im Vordergrund zu stehen. Im Vordergrund steht die Aufhebung des Bankgeheimnisses. Man muss jetzt abwarten, ob dies erfolgreich ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies in der Schweiz durchgehen wird. Wenn jetzt die EU wieder umschwenkt und sagt, man könne eine alternative Strategie umsetzen, betreffend die Quellensteuer, dann stellt sich für uns die Frage: Wie verhalten wir uns dann? Führen wir dann auch eine Quellensteuer bzw. Zinsertragsteuer ein? Meines Erachtens wäre so etwas nur diskutierbar, wenn wir dann auch dementsprechende Doppelbesteuerungsabkommen haben. So hätte dann auch die Stiftung, die in Liechtenstein Sitz hat oder die juristische Person, die hier tätig ist, auf der einen Seite eine gewisse Steuer, davon dann aber die Kosten auch abgezogen werden können. Das wäre auch ein Modell, worüber man mit der EU diskutieren könnte.

Man braucht eine klare und langfristige Politik. Da kann man nicht nur von Wahl zu Wahl hupsen. Man muss langfristig denken.

Verschiedene Staaten der EU machen zudem auch Druck in Bezug auf unsere Gesetzgebung. Wir verschärfen momentan das Sorgfaltspflichtgesetz, das Rechtshilfegesetz und den Geldwäschereiarartikel im Strafgesetzbuch, obwohl wir EU-konforme Gesetze haben. Müssen wir, um der EU zu gefallen, schärfere Gesetze haben als die EU selbst?

Nein, ich glaube nicht. Ich glaube es ist richtig, dass die Gesetze angepasst werden. Nichts spricht dagegen, dass man bestehende Gesetze verbessert. Beim Rechtshilfegesetz war dies sicher notwendig. Aber dann sollte man auch einen Quervergleich machen. Was sind die Vorschriften in den einzelnen EU-Staaten und in der OECD auf diesem Gebiet? Man muss auch einmal darauf hinweisen, was die Vorschriften dieser Staaten sind und was wir hier für Vorschriften haben und ihnen dann sagen, dass sie zuerst unseren Stand erreichen sollen, bevor wir unter Druck gesetzt werden. Geldwäsche wird hauptsächlich in den grossen OECD-Staaten betrieben. Zu uns kommt in der Regel vorgewaschenes Geld. Ob es jetzt in der EU oder in den USA vorgewaschen wurde, ist egal. Wir können durchaus verlangen, dass dort auch entsprechende Regelungen eingeführt werden.

Liechtenstein nimmt gegenüber anderen Staaten aber immer eine sehr devote Haltung ein. Sie haben zu Beginn des Interviews von der Rolle des Staates im 3. Jahrtausend gesprochen. Sie glauben, dass ein Kleinstaat überlebensfähig ist. Inwiefern haben wir als Kleinstaat überhaupt noch eine Chance, wenn wir uns so verhalten, dass wir immer alles akzeptieren und nicht genügend Selbstvertrauen ausstrahlen, wie es sich einem souveränen Staat eigentlich geziemen würde? Haben wir noch genügend Selbstvertrauen, um eine eigenständige Politik zu



Fürst Hans-Adam II.: «Ich bin überzeugt, dass der Trend, der seit dem späten Mittelalter gegen den Kleinstaat gelaufen ist, sich im Rahmen der Globalisierung gekehrt hat.»

machen und ein eigenständiger Staat zu sein?

Ich hoffe ja. Ich glaube, dass man Selbstvertrauen haben kann. Ich bin überzeugt, dass der Trend, der seit dem späten Mittelalter gegen den Kleinstaat gelaufen ist, sich im Rahmen der Globalisierung gekehrt hat. Nur muss man dann aber auch die entsprechende Politik betreiben. Man kann nicht nur sagen: Ich bin ein Kleinstaat und im Prinzip läuft die Entwicklung für mich. Wenn ich die Chance nicht wahrnehme, die mir geboten wird, und ich mich den Gegebenheiten nicht anpasse, nützt mir das alles nichts. Ich brauche deshalb eine klare und langfristige Politik. Da kann man nicht nur von Wahl zu Wahl hupsen. Man muss langfristig denken. Dann kann man die Chancen wahrnehmen. Wenn die langfristige Politik nicht vorhanden ist, wird man auch nicht erfolgreich sein. Das ist notwendig. Leider fehlt uns diese Politik zum Teil. Dabei befinden wir uns aber in sehr guter Gesellschaft. Es gibt sehr wenige Staaten, die eine langfristige Politik machen.

Man hätte schon vor Jahren oder Jahrzehnten an den Aufbau einer Wirtschaftspolizei denken müssen.

Die Regierung hat des Weiteren beschlossen, das Polizeigesetz abzuschwächen, indem sie ausländische Staatsangehörige in den Polizeidienst

aufnehmen möchte. Das heisst: Die innere Sicherheit unseres Landes wird von Ausländern sichergestellt. Wenn ich dieses Ziel der Regierung mit Ihren Ausführungen zur Oligarchie stelle, muss ich mir die Frage stellen, ob ein Kleinstaat wie Liechtenstein im 3. Jahrtausend noch so souverän ist, dass er selber seine Bedürfnisse befriedigen kann. Können wir selber unseren Staat noch aufrechterhalten?

Ich glaube nicht, dass wir Anlass haben, den EWR zu kündigen.

Ich glaube sehr wohl, dass wir den Staat aufrechterhalten können und auch sehr erfolgreich sein können. Nur muss man rechtzeitig die notwendigen Massnahmen treffen. Wenn man 30 Jahre zuschaut, wie unser Rechtssystem nicht funktioniert und trotzdem nichts unternimmt, dann darf man sich nicht wundern, dass der Sturm über uns hereinbricht, und dass wir dann in einer Nacht- und Nebelaktion Polizeikräfte aus dem Ausland anfordern müssen. Man hätte schon vor Jahren oder Jahrzehnten an den Aufbau einer Wirtschaftspolizei denken müssen. Man hätte schon vor Jahren daran denken müssen, wer für das Richteramt geeignet ist und gegebenenfalls diejenigen Richter, die für dieses Amt nicht geeignet sind, wieder aus diesem Amt entfernen sollen. Man hätte auch schon vor Jahren daran denken müssen, wie viele Personen wir in der Staatsanwaltschaft und in den Richterämtern benötigen. Es wur-

de einfach nichts gemacht, obwohl bekannt war, dass Jahr für Jahr zahlreiche Fälle einfach liegen bleiben. Dann darf man sich nicht wundern, wenn eines Tages der Druck kommt und dieser dann so gross wird, dass man solche Massnahmen treffen muss.

Von Seiten des Auslandes wächst auch der Druck auf unser Bankgeheimnis. Vor einigen Monaten äusserten Sie, dass wir eher den EWR kündigen als das Bankgeheimnis aufzugeben respektive zu mindern. Hat diese Aussage immer noch ihre Gültigkeit?

Ich glaube nicht, dass wir Anlass haben, den EWR zu kündigen. Das Bankgeheimnis gehört wie auch die Steuerpolitik nicht zum EWR-Vertrag. Das heisst: Uns kann man wegen dem EWR nicht zwingen, das Bankgeheimnis abzubauen. Dies ist auch ein Grund, weshalb ich mich für den EWR so stark mache.

Natürlich wird man sich dann entscheiden müssen, ob wir beim Bankgeheimnis nachgeben oder nicht.

Wenn die EU nun sagt, dass sie den EWR kündigen wolle, wenn wir unser Bankgeheimnis nicht abbauen, dann müssen wir dies akzeptieren. Wir sind jetzt auch Mitglied der WTO. Deshalb sind wir jetzt in einer besseren Position als noch vor ein paar Jahren. Bei der

WTO hat man einige Fortschritte im Bereich des freien Handels gemacht. Ich hoffe, dass noch weitere Fortschritte folgen werden. Dann ist der EWR sicher nicht mehr so wichtig, wie er Ende der 80er- anfangs der 90er-Jahre war. Natürlich wird man sich dann entscheiden müssen, ob wir beim Bankgeheimnis nachgeben oder nicht. Ich glaube nicht, dass wir der Aufhebung des Bankgeheimnisses zustimmen werden, wenn in der Schweiz das Bankgeheimnis nicht aufgehoben wird. Ich glaube, dass diesbezüglich zuerst einmal die Schweiz gefordert ist, eine Entscheidung zu treffen.

Vor einigen Wochen gaben Sie einige Interviews in ausländischen Tageszeitungen, bei welchen Sie betonten, im Notfall auch mit Notrecht zu regieren, falls Dr. Spitzer nicht freie Hand habe. Was war der Sinn dieser Aussagen? Weshalb haben Sie diese Drohung ausgesprochen?

Zu jenem Zeitpunkt hatten wir im Ausland ein Glaubwürdigkeitsproblem. Dies haben wir heute noch zum Teil. Es ist der Verdacht aufgekommen, dass Dr. Spitzer nur bestellt worden ist, um eine Weisswaschkaktion durchzuführen und wenn er sich tiefer in die Materie einlesen sollte und Sachen aufdecken würde, dass man ihm dann das Handwerk lege. Dies war meiner Ansicht nach eine sehr gefährliche Situation. Dann wäre die Aktion mit Dr. Spitzer ein Schuss ins Leere gewesen. Es war für mich sehr wichtig im Ausland klarzustellen, dass Dr. Spitzer ohne Rücksicht seine Arbeit durchführen kann – egal wer davon betroffen ist – und dass ich ihn zu hundert Prozent decke. Ich wollte im Ausland das Signal setzen, dass Dr. Spitzer freie Hand habe. Dies ist für die Glaubwürdigkeit unseres Land im Ausland enorm wichtig. Wir müssen glaubwürdig darlegen, dass wir jetzt das nachholen, was wir in den letzten 10 bis 20 Jahren hätten machen müssen.

Da und dort sind sicher Fehler geschehen. Das ist aber unvermeidlich.

Gab es Anzeichen, dass Dr. Spitzer nicht freie Hand hatte?

Nein, diese Anzeichen gab es nicht. Es war natürlich nicht jeder glücklich über sein Vorgehen, das versteht sich von selbst. Es ist eine sehr undankbare Aufgabe. Da und dort sind sicher Fehler geschehen. Das ist aber unvermeidlich. Man muss in solchen Situationen rasch und entschlossen handeln.

Hat der Finanzdienstleistungsplatz Liechtenstein eine Zukunft?

Ja, er hat eine Zukunft. Wir müssen jetzt aber zuerst die Massnahmen treffen, die von uns verlangt werden, damit wir in der Lage sind, unseren Finanzplatz sauber zu halten. Wenn wir ihn nicht sauber halten, sind wir langfristig nicht in der Lage ihn zu verteidigen. Dann sollte man innovativ denken und mit neuen Modellen kommen. Vielleicht wird man in den steuerlichen Fragen da oder dort nachgeben müssen. Daraus könnte sich die Chance ergeben, neue Märkte zu erschliessen. Wir als Kleinstaat müssen eine gewisse geistige vorausdenkende Beweglichkeit an den Tag legen. Das haben wir in der Vergangenheit auch unter Beweis stellen müssen und dies müssen wir jetzt auch für die Zukunft tun. Für einen Kleinstaat ist die Beweglichkeit ein grosser Vorteil. Deshalb müssen wir uns zusammensetzen und nachdenken, was für Chancen wir für die Zukunft haben und wie wir sie am besten wahrnehmen können.

«Ich glaube, dass der Kleinstaat gerade in Europa eine Zukunft hat»

Gespräch zwischen Peter Wolff, Marco Ospelt und Paul Vogt zur zukünftigen Entwicklung Liechtensteins

Die Zukunft Liechtensteins – zu einem Gespräch über diese Thematik lud das Lichtensteiner Volksblatt die drei Landtagsabgeordneten Peter Wolff, Marco Ospelt und Paul Vogt ein. Es entstand eine interessante Diskussion, bei welcher verschiedene Aspekte über anstehende Probleme angesprochen wurden. Es kam zum Ausdruck, dass Liechtenstein so rasch als möglich eine Raumordnung benötigt, damit die Entwicklung zu einem Stadtstaat verhindert werden kann.

Das Gespräch mit den Abgeordneten leitete Alexander Batliner

VOLKSBLATT: Herr Landtagspräsident, Liechtenstein feierte vor wenigen Monaten den 5. Geburtstag des EWR. Was ist Ihr Resümee von 5 Jahren EWR?

Peter Wolff: Der Vertrag hat sich meines Erachtens grundsätzlich bewährt. Ich glaube, wir stünden, was die Zukunftsaussichten betrifft, wesentlich schlechter da, wenn wir damals nicht beigetreten wären. Negative Auswirkungen hat es eigentlich nur indirekt gegeben, indem nämlich der EWR-Beitritt einen Wirtschaftsboom auch und gerade beim Finanzdienstleistungssektor ausgelöst hat, den eigentlich niemand erwartet hatte, und der uns vielleicht rascher, als es sonst der Fall gewesen wäre, auf gewisse unangenehme Punkte hingeführt hat. Das ist jetzt nicht eine Ursache durch den EWR. Wenn es aber diesen Wirtschaftsboom nicht gegeben hätte, dann glaube ich nicht, dass solche Reaktionen so bald gekommen wären. Die EWR-Mitgliedschaft Liechtensteins ist für sich alleine betrachtet nach wie vor uneingeschränkt zu bejahen.

Ein Stadtstaat sollten wir auf keinen Fall werden – diesbezüglich müssen gesetzgeberische Regeln vorgeschoben werden.

Marco Ospelt: Ich glaube auch, dass sich der EWR bewährt hat. Erstaunlicherweise hat er sich gerade beim Finanzdienstleistungsplatz bewährt, obwohl man eine positive Auswirkung eher auf die Industrie erwartet hatte. Dort hat er sich langsamer als beim Finanzdienstleistungssektor entwickelt. Probleme bestehen vielleicht im Bereich des Gewerbes. Da spielt aber eher die WTO eine wichtigere Rolle als der EWR. Probleme gab es hingegen bei der Umsetzung. Es war doch eine enorme Anstrengung notwendig, die Gesetzesanpassungen zu bewerkstelligen. In Zukunft sehe ich aber im Zusammenhang mit dem EWR ein ganz anderes Problem, und zwar die Entwicklung des EWR an sich. Es stellt sich die Frage, was die anderen Mitglieder des EWR machen – konkret Island und Norwegen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir eine Entwicklung ähnlich der Schweiz in die Wege leiten – mit bilateralen Verträgen mit der EU. Für uns stellt sich natürlich die Frage, was macht unser wichtigster Partner, die Schweiz, im Zusammenhang mit der EU. Heute zeigen sich bereits verschiedene Tendenzen. Die Schweiz hat sich durch die bilateralen Verträge eine sehr komfortable Situation unter weitestgehender Beibehaltung ihrer Souveränität erarbeitet. Dann müssen wir auch die Probleme beim Finanzdienstleistungsboom betrachten, welche zum Teil durch den EWR entstanden sind. Unser Finanz-



Peter Wolff: «Es wird eine der grössten Knacknisse der nächsten fünf bis zehn Jahre sein, ein wirksames Raumplanungsrecht zu bekommen.»

dienstleistungsplatz ist nicht nur für das Ausland, sondern auch für uns zu schnell gewachsen. Hinzu kommt noch, dass wir für die Umsetzung der Kontrolle des Finanzplatzes bei der Polizei und bei den Gerichten mehr Personen brauchen. Wenn ich an diese Probleme denke, frage ich mich einerseits, ob wir mit bilateralen Verträgen zusammen mit der Schweiz viele Probleme nicht gehabt hätten, die wir jetzt haben. Vor allem frage ich mich, ob der EWR ein Auslaufmodell ist und wir uns nicht überlegen müssen: Wie weiter Kleinstaat? Wenn wir dann nämlich alleine in einem EWR sind, dann glaube ich nicht, dass unser grösserer Partner EU mit uns ein solch kompliziertes Regelwerk aufrechterhalten wird. Dann werden wir vor der schwierigen Frage stehen, dass wir eine eigenständige Lösung mit der EU finden müssen. Dies vielleicht auf der Basis der bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU.

Paul Vogt: Für mich ist es bei weitem nicht so klar, dass die Ursache des Wirtschaftsboms allein beim EWR zu suchen ist, es ist meines Erachtens die De-regulierung insgesamt. Dies hat auch eine Untersuchung von Heiko Prange am Liechtenstein-Institut gezeigt. Die betroffenen Wirtschaftsverbände schreiben den Wirtschaftsboom auch nicht ausschliesslich dem EWR zu. Da vor allem der Finanzdienstleistungssektor boomt, zeigt, dass es nicht nur eine Frage des EWR-Beitrittes ist. Der EWR hat sicher eine Auswirkung gehabt, aber es war nicht nur der EWR-Beitritt. Ich möchte auch relativieren, dass wir keine Probleme haben. Es ist erstaunlich gut gelungen, den EWR umzusetzen. Dies betrifft in erster Linie die staatliche Seite. Wir haben diese riesige Herausforderung, das EWR-Recht umzusetzen, erstaunlich gut gemeistert. Rückblickend kann man feststellen, dass der EWR

grössenverträglich ist, was im Voraus stark bezweifelt wurde. Wir haben mehrheitlich vom EWR profitiert und wir haben mehrheitlich Gewinner durch den EWR.

Unser Finanzdienstleistungsplatz ist nicht nur für das Ausland, sondern auch für uns zu schnell gewachsen.

Es gibt aber sicher auch Verlierer. Hierzu gehören vor allem die freien Berufe wie Ärzte, Architekten, Rechtsanwälte und andere, die jetzt keine geschützten Nischen mehr haben und somit stärker dem Wettbewerb ausgeliefert sind. Wir haben nun auch im freien Personenverkehr eine Lösung erhalten, die für uns voraussichtlich tragbar ist. Es ist jedoch keine definitive Lösung und es bestehen weiterhin offene Fragen. Zum Beispiel die Frage, wie diese Lösung in der Praxis überhaupt umgesetzt werden kann. Zudem gibt es auch psychologische Probleme. Viele Leute haben den Eindruck, dass sich seit dem EWR-Beitritt die Beziehungen zur Schweiz verschlechtert haben. Die Regierung dementiert dies bei jeder Gelegenheit. Sie betont, dass die Beziehungen noch nie so gut waren wie jetzt. Ich habe aber den Eindruck, dass die Beziehungen zur Schweiz gelitten haben, zumindest haben sie sich geändert. Bis vor kurzem konnten wir uns hinter dem Rücken der Schweiz verstecken, wenn es darauf ankam. Dies war gerade auch bei Diskussionen um den Finanzplatz der Fall. Dies ist jetzt nicht mehr so.

Der Wirtschaftsboom hat zur Folge, dass die Anzahl Banken in unserem Land ständig ansteigt und sich auch andere Unternehmungen bei uns ansiedeln. Diese Unternehmungen und Banken brauchen Platz und Personal. Wieviel Wirtschaftsboom verträgt ein Kleinstaat wie Liechtenstein?

Peter Wolff: Vielleicht bin ich etwas blauäugig. Ich gehe davon aus, dass dies der Markt und nicht zuletzt auch das zur Verfügung stehende Personal regeln wird. Um ein extremes Beispiel zu sagen: Es ist sicher nicht genug Platz und Fachpersonal in Liechtenstein und in der Region vorhanden, um zum Beispiel 100 Banken in Liechtenstein zu betreiben. Mit den heute 16 konzessionierten geht es gerade noch. Je nachdem wie gross diese ihre Geschäftstätigkeit hier aufziehen, wird es auch noch ein paar mehr vertragen. Irgendwo wird sich dies ganz automatisch regeln, da einfach keine Leute mehr da sein werden. Es sei denn, man wirbt sich gegenseitig zu immer höheren Löhnen die Fachleute ab. Eine gesetzliche Beschränkung, indem man beispielsweise sagt, dass es nur 20 Banken geben dürfe, kann ich mir nicht vorstellen. Dies wäre sicher EWR-widrig.

Paul Vogt: Ich finde es wirklich ein wenig blauäugig, dass der Markt dies regulieren soll. Wir haben heute bereits eine absurde Situation. Es wurde bereits vor 20 Jahren als absurd bezeichnet, dass ein Staat eine Wirtschaft hat, für die er nicht genügend eigene Arbeitskräfte hat. Es ist auf die Dauer ein völlig unlogischer Zustand, dass man die Bedürfnisse der Industrie und der Wirtschaft vor allem mit Grenzgängern abdeckt. Irgendwo müsste es ein Gleichgewicht zwischen der einheimischen Bevölkerung und dem Personalbedarf der Wirtschaft geben. Sich auf Dauer darauf einzurichten, dass jeden Tag Tausende von Grenzgängern über die Grenze kom-

men, hier arbeiten und am Abend wieder zurückkehren, erscheint mir auf Dauer als unhaltbarer Zustand. Ich sehe es auch nicht so, dass man über ein Gesetz die Obergrenze an Banken regulieren kann. Es ist aber sicher möglich, dies durch andere Massnahmen zu regeln. Voraussetzung wäre allerdings, dass wir einmal Ideen entwickeln, wie unsere Wirtschaft überhaupt aussehen soll. Ich erachte es als grosses Manko, dass man keine formulierte Wirtschaftspolitik hat und dass man sich keine Vorstellungen macht, wie die Wirtschaft in Liechtenstein überhaupt aussehen soll. Es wird nicht formuliert, was für uns gut ist und was wir brauchen. Man lässt einfach alles treiben.

Es ist auf die Dauer ein völlig unlogischer Zustand, dass man die Bedürfnisse der Industrie und der Wirtschaft vor allem mit Grenzgängern abdeckt.

Marco Ospelt: Es geht die Meinung um, der Markt allein könne regeln, wie sich die Wirtschaft entwickle. Ich halte dies für nicht machbar. Ich denke nicht, dass sich unsere Gesellschaft als Ganzes den Marktkräften ausliefern sollte. Ich finde aber auch nicht, dass die Politik quasi von oben herab durch Gesetze regeln sollte, welche Richtung die Wirtschaft einschlagen und welche Wirtschaftsentwicklung für uns zuträglich sein soll. Ich finde, diesbezüglich braucht es eine intensive öffentliche Diskussion. Da müssen wir versuchen, zu einer vorausschauenden Politik zu gelangen. Wir müssen versuchen, uns unserer Bedürfnisse klar zu werden, um dann zu sehen, wie wir die Bedürfnisse abdecken können. Dieser ganze materielle Wohlstand, den wir haben und den wir geniessen und nicht missen wollen, hat uns nicht geholfen, uns über unsere Raumordnung klar zu werden. Wie wollen wir unseren Raum gestalten? Sollen wir ein Stadtstaat werden? Wie sehen wir die Siedlungsentwicklung im Zusammenhang mit dem Personal, das unserer Wirtschaft zur Verfügung stehen soll? Wie soll sich dann unsere Bevölkerung entwickeln? Das sind Fragen, die in der Gesellschaft ganz intensiv und öffentlich diskutiert werden müssen. Wir müssen endlich zu einer Diskussionspolitik gelangen, wo jeder sich einbringen kann und wo jeder auch ernstgenommen wird, wenn er sich einbringt. Natürlich kann sich heute schon jeder einbringen. Das ist ja ein Vorteil einer kleinen Gesellschaft. Irgend etwas scheint aber nicht zu funktionieren. Tatsache ist, dass sich sehr wenig Leute einbringen. Da müssen wir einmal über die Bücher gehen und fragen: Was läuft da falsch? Ich habe eher den Eindruck, dass viele ihre individuellen Interessen verfolgen und sich auf ihr privates Leben zurückziehen und das Engagement in der Öffentlichkeit darunter leidet. Ich denke, da geht es dann auch darum, dass die Institutionen und die verantwortlichen Politiker sich so verhalten, dass jeder angesprochen wird, sich zu engagieren. Das Wichtigste dabei ist, dass er das Gefühl haben muss, dass er ernst genommen wird, wenn er sich einmal einbringt. Ein gutes Beispiel dafür, dass dies nicht funktioniert, ist der Umgang der Politik mit der Telekommunikation bzw. mit den Mobilfunkantennen. Da haben sich tatsächlich Leute eingebracht und ihre Ängste und Sorgen artikuliert und genau da habe ich den Eindruck, dass die Politik diese Sorgen und Ängste nicht

Fortsetzung auf Seite 11

«Man hat das Gefühl, das Verhältnis zur Schweiz habe gelitten»

Gespräch zwischen Peter Wolff, Marco Ospelt und Paul Vogt zur zukünftigen Entwicklung Liechtensteins

aufnimmt und in ihren Entscheidungen nicht verarbeitet, sondern darüber hinweggeht. Diese Haltung führt dazu, dass sich der Einzelne nicht mehr angesprochen und ernstgenommen fühlt. Dazu gehört dann auch, dass die Regierung das Parlament wieder ernst nimmt, rechtzeitig informiert und in die Entscheidungsphase mit einbezieht.

Wenn es keinen überbaubaren Boden mehr gibt und wenn wir keinen anderen Boden freigeben wollen, dann gibt es eben – überspitzt gesagt – keinen Bauplatz mehr.

Peter Wolff: Ich erachte es als ziemlich überspitzt, was Sie soeben gesagt haben, Herr Ospelt. Ich finde das Beispiel der Mobilfunkantennen kein gutes Beispiel, weil hier aus einem Bewusstsein der weitestgehenden Unwissenheit Spekulationen aller Art leicht ins Kraut schiessen konnten und auch geschossen sind. Meiner Meinung nach wäre es nicht richtig, wenn solche Angstneurosen bestehen, als Regierung oder als Politiker sofort auf einen solchen Zug aufzuspringen. Da muss man von der Politik aus schon eine Interessensabwägung vornehmen und versuchen, klaren Kopf zu bewahren. Es ist meines Erachtens auch nicht richtig, dass es generell bei uns so sei, dass man nicht gehört werde, wenn man sich als Bürger zu Wort meldet. Das Gegenteil ist der Fall. Die Stimme des Einzelnen wird wohl beachtet. Das ist ein Vorteil unserer Kleinheit. Das sieht man am Beispiel unserer Leserbriefkultur. Jeder einzelne Leserbrief hat bei uns eine Bedeutung, welche es in einem anderen Land niemals gibt. Das ist grundsätzlich positiv. Es zeigt, dass die Anliegen, die bei den Leserbriefen zum Ausdruck gebracht werden, durchaus ernst genommen werden. Dies im Gegensatz zu anderen Ländern, wo man sich durch Leserbriefe überhaupt kein Gehör verschaffen kann.

Paul Vogt: Ich gebe Marco Ospelt teilweise Recht. Bei uns fehlt ein diskursiver Politikstil, durch welchen man versucht, sich dem Sachverhalt mit Argumenten anzunähern. Das Beispiel der Mobilfunkantennen ist leider auch in einer anderen Hinsicht typisch. Eine der Ursachen, weshalb es bei uns nicht mehr so viele Personen gibt, die sich für Politik engagieren, ist sicher die Komplexität der Materie. Es ist nicht mehr so, dass man einfach eine Gesamtübersicht über die Probleme hat. Es braucht viel Arbeit und Zeit, die man aufwenden muss. Man kann sich eher noch bei Einzelthemen engagieren. Das hat der Mobilfunk auch gezeigt. Es ist wirklich ein Riesenaufwand, wenn man sich heute der Politik widmet. Das Beispiel mit den Leserbriefen zeigt etwas sehr Schönes. Nämlich: Die Leserbriefe haben heute vielfach eine Ventilfunktion. Es wird sehr viel nicht artikuliert und verschwiegen. Wenn dann jemand einen Leserbrief dazu schreibt, dann hat man das Gefühl, dass er es den Politikern gezeigt hat, auch wenn vielleicht gar nichts Besonderes dran ist. Ich glaube auch, dass bei uns die Zeitungen zu wenig Mut haben, Kommentare zu verfassen. Ich kann mich bezüglich der Verfassungsdiskussion nicht an einen Kommentar erinnern, in dem sich ein Journalist mit der Verfassungsdiskussion auseinandergesetzt hat – sei es mit den Argumenten des Fürstenhauses oder sei es mit den Argumenten der Kommission. Es war einfach Schweigen im Walde. So geht es nicht. Deshalb haben die Leserbriefe eine solche Ventilfunktion.



Marco Ospelt: «Ich denke, wir müssen auch im Tal Erholungsraum erhalten.»

Ich möchte auf das zuvor erwähnte Problem der räumlichen Entwicklung Liechtensteins zurückkommen. Wenn man sich das Land genau betrachtet, kann festgestellt werden, dass eine rege Bautätigkeit stattfindet. Werden wir zu einem Stadtstaat?

Peter Wolff: Ein Stadtstaat sollten wir auf keinen Fall werden. Diesbezüglich müssen gesetzgeberische Riegel vorgeschoben werden. Es wird eine der grössten Knacknüsse der nächsten fünf bis zehn Jahre sein, ein wirksames Raumplanungsrecht zu bekommen. Es wird sehr grosse Widerstände geben. Meiner Meinung nach bleibt einer verantwortungsvollen Politik nichts anderes übrig, als den Bürgern zu sagen, dass wir gewisse Mindestschränkungen brauchen, da sonst die Zukunft – überspitzt ausgedrückt – ein Hochhaus nach dem anderen von Ruggell bis Balzers ist. Und das schon in relativ absehbarer Zeit. Ich kann nur hoffen, da der Eigennutz der Bürger oft sehr gross ist, dass zumindest eine Mehrheit der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner dies einsieht. Das braucht etwas Zeit, obwohl schon viel Zeit vergangen ist. Es muss von allen Parteien und von ihren Anhängern über Parteiveranstaltungen möglichst vielen Menschen nahe gebracht werden. Es kommen dann immer Einzelbeispiele. Hier geht es nicht um Einzelbeispiele, sondern um das Gesamtinteresse.

Marco Ospelt: Mich erschreckt der Gedanke, dass es noch fünf bis zehn Jahre dauern soll. Ich denke, dass wir das sehr breit diskutieren müssen, wohin wir

in dieser Frage gehen wollen. Wir haben ja eine Landtagskommission, die das Raumplanungsgesetz überarbeiten soll, ohne es abzuschwächen. Ich hoffe, dies gelingt. Dann muss eine wirklich intensive Diskussion geführt werden. Die Entwicklung geht ja unaufhaltsam weiter. Es wird ja ständig Boden verbaut. Das Thema Raumordnung hat sicher auch etwas damit zu tun, was Liechtenstein lebenswert macht. Ich stimme Ihnen zu, dass es so weit kommen darf, dass wir nicht zur Erholung auf die Bergspitzen oder ins benachbarte Ausland ausweichen müssen. Ich denke, wir müssen auch im Tal Erholungsraum erhalten.

Ich denke nicht, dass sich unsere Gesellschaft als Ganzes den Marktkräften ausliefern sollte.

Paul Vogt: Ich bin in dieser Frage grundsätzlich sehr pessimistisch und zwar aufgrund der Erfahrungen, die ich in den letzten 20 Jahren diesbezüglich gemacht habe. Immer dann, wenn es zu Konflikten um die Raumordnung gekommen ist, hat man letztlich auf Wachstum und demnach auf eine Ausdehnung gesetzt. Man ist den Konflikten immer ausgewichen. Die Entwicklung läuft immer schneller Richtung

Stadtstaat. Es gibt auch einflussreiche Führungskräfte in unserem Land, die das hinter vorgehaltener Hand begrüßen würden. Es ist in erster Linie ein Problem unserer individuellen und kollektiven Einstellung. Begriffe wie Selbstbeschränkung und Bescheidenheit werden nicht mehr geschätzt. Wir haben uns eine arrogante Haltung angewöhnt, indem man das Gefühl hat, die Möglichkeiten seien unbeschränkt und es könne immer so weitergehen. Dabei hat uns das Leben wirklich eingelehrt. Wenn man nur die Probleme des Staates und der Gemeinden betrachtet, wenn es darum geht, für öffentliche Zwecke geeigneten Baugrund zu finden. Die Diskussion um das Schulzentrum Mühleholz II ist hierfür das beste Beispiel. Da hat es einfach geheissen, dass wir keine andere Möglichkeit haben. Es gibt auch andere Beispiele, wo der Staat nicht mehr in der Lage ist, einen geeigneten Baugrund für öffentliche Bauten zu finden. Wir sind an die Grenzen gestossen und deshalb müssen wir uns wieder zu mehr Bescheidenheit zwingen.

Wir machen doch genau das Gegenteil. Wir setzen auf den Wirtschaftsboom und fördern dadurch doch diese Entwicklung.

Peter Wolff: Wenn es keinen überbaubaren Boden mehr gibt und wenn wir keinen anderen Boden freigeben wollen, dann gibt es eben – überspitzt gesagt – keinen Bauplatz mehr. Ich bin auch durchaus dafür, hierzu eine Regelung zu finden. Leider wird dies nicht so schnell

gehen, wie es Sie sich wünschen Herr Ospelt. Innert kürzester Zeit wird vielleicht ein erster Schritt gemacht. Die Diskussion wird aber weitergehen müssen.

Marco Ospelt: Wir müssen uns doch als Verantwortliche für diesen Prozess überlegen, ob wir einen Einfluss darauf hätten, dass die öffentliche Diskussion über dieses Thema in Gang kommen kann. Gerade bei der Raumplanung besteht die Gefahr, dass man die Entwicklung laufen lässt und das Thema Selbstbeschränkung von niemandem aufgegriffen wird, da es völlig unattraktiv ist. So kommen wir in die Situation, dass der letzte Bauplatz verbaut ist. Dann geht der Ärger erst los, da man eine Entwicklung unterstützte, die man eigentlich gar nicht wollte. Da muss man sich überlegen, wo unsere Interessen liegen. Wie können wir die Vielfalt der Wirtschaft aufrecht erhalten und gleichzeitig unsere Umgebung lebenswert gestalten, indem wir mit unseren Ressourcen schonend umgehen? Wie können wir sichern, dass die Menschen in Liechtenstein sich verwirklichen können und nicht auswandern müssen und dabei nicht einen Boom weitertreiben, wie er die letzten Jahre stattgefunden hat? Da stossen wir an unsere natürlichen Grenzen. Ich glaube, dass dies für uns ein sehr wichtiges Ziel sein muss, wenn man an die Zukunft Liechtensteins denkt. Wir müssen uns vorausschauend diesen Problemen stellen.

Ich glaube jedoch, dass das Verhältnis zur Schweiz auf einer anderen Ebene abgelaufen wäre, wenn dieser kleine Zwerg nicht so gross getan hätte.

Wie schon erwähnt, stellen neben den Platzressourcen auch die Personalressourcen ein Problem dar. Vor wenigen Monaten wurde die Lösung zum freien Personenverkehr mit der EU verabschiedet. Wenn man nun den Wirtschaftsboom den 56 Personen, die erlaubt sind, gegenüberstellt, stellt sich die Frage: Ist diese gefundene Lösung überhaupst umsetzbar?

Peter Wolff: Diese Lösung ist sicher umsetzbar. Die 56 sind ja keine Grenze nach oben. Liechtenstein kann ja so viele Personen zulassen wie es will. Die Zahl 56 wird sicher jedes Jahr überschritten werden. Der Vorteil dieser Regelung ist, dass sich Liechtenstein damit den eigentlichen freien Personenverkehr erspart hat – zwar nicht auf Dauer, sondern nur für eine gewisse Zeit. Vorausgesetzt, der EWR existiert weiter, bin ich der Auffassung, dass diese Lösung auch weiterhin Bestand haben wird. Dies deshalb, weil die Voraussetzungen, die dazu geführt haben, dass die EU uns diese Regelung zugestanden hat, werden auch noch im Jahr 2006 in der einen oder anderen Form existieren.

Dann stellt sich aber doch die grundsätzliche Frage: Welche Ausländerpolitik soll in Liechtenstein in Zukunft betrieben werden?

Peter Wolff: Eine auch für die Mehrheit der Bevölkerung akzeptable. Die Bevölkerung würde es sicher nicht akzeptieren, dass man die Tore ganz aufmacht.

Paul Vogt: Ich glaube, dass es unmöglich sein wird, an bestimmten Quoten festzuhalten. Wir werden mit Sicherheit auch in Zukunft einen Zuwanderungsdruck haben. Es werden von der Industrie und vom Finanzdienstleistungsplatz her Leute zuwandern müssen. Das Problem besteht nun darin, wie man die

«Wir müssen uns eingestehen, dass wir nicht alles machen können»

Gespräch zwischen Peter Wolff, Marco Ospelt und Paul Vogt zur zukünftigen Entwicklung Liechtensteins

her Leute zuwandern müssen. Das Problem besteht nun darin, wie man diesen Konflikt lösen kann. Die Mehrheit der Bevölkerung dürfte aus psychologischen Gründen eine Zuwanderung ablehnen. Auf der anderen Seite steigt der Bedarf an Arbeitskräften ständig an. Da gibt es sicher keine einfachen Lösungen und keine Patentrezepte. Wir müssen uns mit diesen Fragen auseinandersetzen und in unseren Köpfen umdenken. Die Zuwanderer bringen Bedürfnisse mit und sie erheben Anspruch auf politische Rechte in unserem Land. Wir werden auch, was die Flüchtlingspolitik betrifft, in Zukunft vor einem Problem stehen. Ich gehe davon aus, dass wir auch in Zukunft aufgefordert sind, diesbezüglich eine liberale und offene Politik zu betreiben.

Marco Ospelt: Die Ausländerpolitik ist ein sehr heikles Thema. Die Abstimmung zur Einbürgerung alteingesessener Ausländer hat das deutlich gezeigt. Regierung, Landtag und Parteien waren der Meinung, ein restriktives Gesetz vorgeschlagen zu haben, so dass es in der Bevölkerung weitestgehende Zustimmung finden könnte. Da wurden wir auf den Boden der Realität zurückgeholt. Dies zeigt, dass wir uns in dieser Frage auf sehr sensiblem Boden bewegen. Ich denke, dieser ganze Diskurs um die Ausländerpolitik und die Wirtschaftsentwicklung zeigt, dass wir sehr nahe an unsere Grenzen gelangen. Es zeigt auch, dass wir dieses Problem nicht einfach der Wirtschaft überlassen können. Ich stimme Ihnen zu, Herr Wolff, dass die Zahl von 56 Personen spielend erreicht sein wird. Das ist eine nach oben offene Skala, die zu einem Erdbeben führt, wenn sich die Bevölkerung damit und somit mit dieser Entwicklung nicht identifiziert.

Ich sehe uns an einem Scheideweg, wo wir die Wahl haben, grössenwahnsinnig weiterzumachen wie bisher oder uns offensiv unserer Identität zu stellen.

Es gibt Stimmen, die sagen, dass die ausländischen Arbeitskräfte im angrenzenden Ausland deponiert werden sollen. Andererseits gibt es Statistiken, die von 10 000 neuen Einwohnern in den nächsten 10 Jahren ausgehen. Hier kommen doch durch diese Entwicklung grundlegende Probleme auf uns zu.

Peter Wolff: Ja sicher. Die Probleme würden noch viel schneller und unbewältigbarer auf uns zukommen, wenn man sagen würde, dass man diejenigen, die im angrenzenden Ausland wohnen, in unser Land holt. Da muss man von Fall zu Fall, sprich von Jahr zu Jahr, sehen, wie man das machen kann. In dieser Hinsicht bin ich vielleicht zu sehr Realist und zu wenig Idealist. Ich sehe nicht, wie man diesbezüglich einen grossen Plan erarbeiten kann, nach welchem man sagen kann: wir machen es die nächsten zehn Jahre so oder so. Das sehe ich als unrealistisch an.

Paul Vogt: Peter Wolff hat diesbezüglich schon eine fast resignative Haltung. Ich glaube schon, dass gerade wir als Politiker versuchen müssen, die Zukunft bewusst zu gestalten. Wir müssen uns eingestehen, dass wir nicht alles machen können. Wir müssen auch bereit sein, bewusst zu entscheiden und einen Weg wählen. Dann stellt sich die Frage: Was wollen wir eigentlich? Wollen wir ein Land der unbeschränkten Möglichkeiten sein? Dann heisst es, Zuwanderung zu akzeptieren, damit die Industrie und der Finanzplatz immer weiter boomen können. Oder wollen wir durch gesetzte



Paul Vogt: «Ich denke, dass Liechtenstein als Kleinstaat eine Zukunft hat, solange wir nicht überborden. Kleinstaat haben gerade in Europa eine lange Tradition.»

Massnahmen und eine bewusste Politik die Zukunft unseres Landes in eine bestimmte Richtung lenken? Dann müssen wir zwischen verschiedenen Alternativen entscheiden.

Themenwechsel: Das Verhältnis zur Schweiz wird diesen Spätsommer bei der LSVA-Abstimmung sicher Gegenstand der Diskussion sein. Wie beurteilen Sie das Verhältnis zur Schweiz, Herr Ospelt?

Marco Ospelt: Ich höre von der Regierung immer wieder, dass unser Verhältnis zur Schweiz so gut wie noch nie sei. Ich bemerke jedoch andererseits, dass sich die Beziehungen, die auf verschiedenen Ebenen gespielt haben, gelockert haben. Das Zusammenspiel zwischen beiden Staaten spielt sich, zumindest von aussen betrachtet, nicht mehr so selbstverständlich ab. Nach aussen kommt eine Abkühlung des Verhältnisses zum Ausdruck. Dies sowohl von Vertretern auf Seiten der Schweiz als auch von Vertretern von Seiten Liechtensteins. Als Bürger stelle ich fest, dass die selbstverständliche Unterstützung, welche die Schweizer Behörden unserem Land bisher gewährt haben, nicht mehr da ist. Ich habe ein wenig das Gefühl, diese Freundschaft wird nicht gepflegt, sondern schöngeredet.

Peter Wolff: Ich habe eher den Eindruck, dass gewisse Leute in unserem Land krampfhaft versuchen, die Beziehung zur Schweiz krank zu reden. Das finde ich nicht notwendig. Ich finde auch nicht, dass die Beziehung schlecht ist. Ich finde, dass die Aussage der Regierung, dass die Beziehung noch nie so gut gewesen sei, sicher auf die unmittelbare Beziehung unserer Regierung zum Bundesrat zutrifft. Diese Beziehungen sind so häufig und eng, wie noch nie. Ungedachtet dessen gibt es Entwicklungen, die zwangsläufig mit dem Erwachen

werden unseres Landes zusammenhängen. Das hat mit einem gewissen Abnabelungsprozess zu tun. Dort sind wir alle gefordert. Bei jeder Beziehung zur Schweiz, sei es geschäftlich, privat oder politisch, dürfen wir auf der Schweizer Seite nicht den Eindruck erwecken, dass wir hochmütig oder arrogant seien. Das ist eine Gefahr, welcher wir alle entgegen müssen. Auf unserer Seite ist Bescheidenheit am Platze, damit auf Schweizer Seite nicht negative Einstellungen gegen unser Land hervorgerufen oder gefördert werden.

Das Thema Raumordnung hat sicher auch etwas damit zu tun, was Liechtenstein lebenswert macht.

Paul Vogt: Ob die Beziehungen zum Bundesrat besser als je zuvor sind, kann ich nicht beurteilen. Ich denke, dass man feststellen muss, dass sich die Beziehungen verändert haben. Liechtenstein hat dies selber so gewollt, indem wir Verträge mit der Schweiz, die wir jahrzehntlang hatten, gekündigt haben. Als Beispiel hierfür stehen der Postvertrag und die Telekommunikation. Teilweise haben wir auch bei der Mehrwertsteuer eine eigene Lösung gesucht. Ausserpolitisch haben wir ebenfalls mehr Selbstständigkeit gezeigt. Das hat alles dazu beigetragen, dass man das Gefühl hat, das Verhältnis zur Schweiz habe gelitten. Dadurch, dass Liechtenstein mehr Selbstständigkeit zeigt, werden wir in der Schweiz auch anders wahrgenommen. Es ist heute nicht mehr so, dass wir als Schweizer Kanton angesehen wer-

den, sondern wir werden als eigener Staat behandelt. Dies war vor 20 Jahren nicht der Fall. Das bringt auch mit sich, dass sich die Schweiz gegenüber uns in manchen Fragen kritischer verhält. Wir haben diese Änderungen von uns aus herbeigeführt, weil wir auf unseren eigenen Nutzen und Vorteil bedacht waren. Wir haben in einigen Bereichen, wie beispielsweise bei der Telekommunikation, Gewinnmöglichkeiten gesehen, auch wenn es schlussendlich anders herausgekommen ist. Zu bedauern ist sicher auch, dass die Aktivitäten der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein kleiner geworden sind.

Marco Ospelt: Für mich ist die eine Frage, was man tut, und die andere Frage, wie man es tut. Wir haben einige Handlungen mindestens mit dem Gestus der Überlegenheit gesetzt. Ich glaube, das war entscheidend. Es ist durchaus legitim, dass die Schweiz als Staat die Interessen der Schweiz vertritt. Ich glaube jedoch, dass das Verhältnis zur Schweiz auf einer anderen Ebene abgelaufen wäre, wenn dieser kleine Zwerg nicht so gross getan hätte. Dann hätten wir beispielsweise von einem Schweizer Diplomaten einen Wink oder einen Hinweis erhalten, dass Liechtenstein wegen dieser oder jener Kriterien zur Diskussion steht. Wir hätten dann früher die Gelegenheit gehabt, aufgrund von Informationen früher zu reagieren.

Zum Abschluss möchte ich an jeden von Ihnen die Frage stellen: Welche Rolle kann und soll ein Kleinstaat wie Liechtenstein in Zukunft übernehmen?

Peter Wolff: Ich glaube, dass der Kleinstaat gerade in Europa eine Zukunft hat. Er darf seine Rolle als Kleinstaat nur nicht so auffassen, dass er sich total abschotten kann. Überall dort, wo ein Mitmachen gefragt ist, soll man auch

mitmachen. Eine gewisse Offenheit soll er zeigen. Man muss auch dort mitmachen, wo es gewisse Opfer fordert. Dann glaube ich, dass der Kleinstaat, nicht im Sinne des absoluten in jeder Hinsicht souveränen Nationalstaates, aber als Gebilde mit einer beschränkten Souveränität durchaus lebensfähig ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir nicht ein normaler Kleinstaat sind. Wir sind ein Kleinstaat. Im Ausland kann sich nämlich niemand vorstellen, dass man mit rund 32 000 Einwohnern einen Staat betreiben kann. Das ist auch nicht leicht. Deshalb sollten wir nie vergessen, dass wir uns glücklich schätzen dürfen, dass wir schon so lange als eigener Staat existieren. Wenn wir uns unserer Kleinheit mit den beschränkten Möglichkeiten und mit den Abhängigkeiten von den Nachbarn und Freunden bewusst sind, glaube ich, dass wir in Zukunft gute Möglichkeiten haben zu bestehen.

Wir brauchen auch die Besinnung darauf, dass wir eine eigene Kultur und eine lange Geschichte haben.

Marco Ospelt: Ich sehe uns an einem Scheideweg. An einem Scheideweg, wo wir die Wahl haben, grössenwahnsinnig weiterzumachen wie bisher oder uns offensiv unserer Identität zu stellen. Wenn wir so weitermachen, ist, so glaube ich, unsere Existenz innerhalb diesem Europa in Frage gestellt. Wenn wir wirklich darüber diskutieren, was unsere Existenz ist, und wir darüber diskutieren, was die Lebensqualität in einem Kleinstaat ausmacht und diese Lebensqualität pflegen, dann sehe ich durchaus eine Zukunft für den Kleinstaat Liechtenstein. Wir müssen aber auch daran denken, Europa etwas zurückzugeben. Hierbei denke ich beispielsweise an Friedensforschung und Katastrophenhilfe. Wir profitieren nämlich ebenfalls von diesem Europa. Als Letztes möchte ich noch erwähnen, dass wir gerade als Kleinstaat mehr Demokratie wagen sollten. Die demokratischen Institutionen, zu welchen wir gehören, sollten sich immer wieder überlegen, wie die Demokratie gestärkt werden kann. Ich könnte mir hierzu zum Beispiel vorstellen, dass wir zur Direktwahl der Regierung kommen könnten, um die Verquickung von Legislative und Exekutive, die uns im Landtag schon Probleme gemacht hat, aufzuheben und die Aufgaben dieser beiden Institutionen noch klarer zu trennen und zuzuordnen.

Paul Vogt: Ich denke, dass Liechtenstein als Kleinstaat eine Zukunft hat, solange wir nicht überborden. Kleinstaat haben gerade in Europa eine lange Tradition. Es gibt auch keine Diskussion um die Existenzberechtigung von Kleinstaat mehr. Gerade als Finanzplatz haben wir erlebt, wie schlecht das Image werden kann. Wir sind mit der Nase darauf gestossen worden, dass wir nicht auf Kosten anderer leben dürfen. Man verlangt von uns zu Recht, dass wir uns gegenüber dem Ausland solidarisch verhalten. Wir müssen in Zukunft zeigen, dass wir ein gutes internationales Niveau haben. Bezüglich Innenpolitik wird es eine grosse Herausforderung sein, als Kleinstaat zu bestehen. Dies braucht Substanz. Wir müssen wissen, weshalb wir ein eigener Staat sein wollen. Dies kann nicht nur wegen dem materiellen Vorteil sein. Das alleine reicht nicht. Wir brauchen auch die Besinnung darauf, dass wir eine eigene Kultur und eine lange Geschichte haben. Damit müssen wir uns beschäftigen, damit wir glaubwürdig darlegen können, dass wir ein eigener Staat sein wollen. Der wirtschaftliche Vorteil kann alleine sicher nicht der Grund sein.

«Liechtenstein beschreitet derzeit einen positiven Weg»

Interview mit Markus Wanger, dem Präsidenten der Treuhändervereinigung, zur Zukunft des Finanzplatzes

Der Finanzplatz Liechtenstein ist die grösste Lebensader unseres Landes. Rund 60 Prozent der Staatseinnahmen stammen vom Finanzplatz. Im Mittelpunkt des Finanzplatzes stehen neben den Banken die Treuhänder. Wie beurteilt die Treuhändervereinigung die Zukunft des Finanzplatzes? Markus Wanger betont hierbei eindeutig, dass der Finanzplatz unseres Landes Zukunft haben wird.

Mit Markus Wanger sprach
Alexander Batliner

VOLKSBLATT: Liechtenstein wurde auf zwei schwarze Listen gesetzt. Welche Folgen ergeben sich dadurch für den Treuhandsektor und welche Folgen sind heute schon zu spüren?

Markus Wanger: Das politische Umfeld, in dem sich Liechtenstein befindet, ändert sich rapide. Internationale Bestrebungen gehen in Richtung Bekämpfung der Geldwäscherei und der organisierten Kriminalität. Liechtenstein kann und will sich diesen Bestrebungen nicht widersetzen und hat gesetzgeberische Massnahmen eingeleitet, die die internationalen Bestrebungen unterstützen. Dies sind zum einen gesetzgeberische Massnahmen, aber auch Infrastrukturmassnahmen, wie etwa die Aufstockung des Personals beim Amt für Finanzdienstleistungen oder bei Staatsanwaltschaft und Gericht. Trotz der Massnahmen wurde Liechtenstein auf die beiden schwarzen Listen gesetzt. Für viele unverständlich ist, dass Liechtenstein, obwohl in seiner spezifischen Ausgestaltung qualitativ einer der besten Finanzplätze weltweit ist, auf diese Listen gesetzt wurde, gemeinsam mit Staaten, die einem Vergleich keineswegs standhalten würden. Wie dem auch sei, die Tatsache, dass wir auf die zwei schwarzen Listen gesetzt wurden, hat Folgen auch für den Treuhandsektor.

Der internationale Druck hat jedoch auch positive Auswirkungen.

Eine offensichtliche Folge ist, dass die Sorgfaltsprüfung durch die Banken zukünftig auf sämtliche Geschäftsbeziehungen ausdehnt wird. Dies betrifft auch solche, die sie mit einem andern liechtensteinischen Berufsheiministräger wie Rechtsanwalt oder Treuhänder eingehen. Das heisst auch, diese Berufsheiministräger haben zukünftige Kundenbeziehungen der betreffenden Bank gegenüber direkt offen zu legen was einer internationalen Regel «kenne deinen Kunden» entspricht. Weniger sichtbar, aber um so wichtiger, sind die Auswirkungen der gesetzgeberischen Massnahmen. Diese führen dazu, dass die Qualität des Finanzplatzes Liechtenstein noch mehr erhöht wird. International wird Liechtenstein schneller und effizienter Rechtshilfe leisten und die Kundenbeziehungen werden noch sorgfältiger geprüft werden. Ausserdem ist es das Bestreben der Treuhändervereinigung, dass die liechtensteinischen Treuhänder ihr Fachwissen durch konstante Weiterbildung noch mehr erhöhen.

Wie hat sich die Krise um den Finanzdienstleistungsplatz generell auf dem Treuhandsektor ausgewirkt?

Wenn auch für viele das Setzen auf die schwarze Liste nicht unerwartet kam, war doch die Mehrheit der Treuhänder überrascht über den internationalen Druck, der nun mehr auf Liechtenstein ausgeübt wird. Ich rechne



Markus Wanger: «Die Hochschulpolitik Liechtensteins sollte konsequent weiterverfolgt werden und auch auf andere Wissensgebiete ausgedehnt werden. Forschungsinstitute, konsequent in Liechtenstein gefördert, könnten Liechtensteins Ruf über die Grenzen hinaus verbessern.»

kaum damit, dass viele Kunden in andere Jurisdiktionen abwandern, oder dass Kunden ihre Gelder aus Liechtenstein abziehen. Der internationale Druck hat jedoch auch positive Auswirkungen, nämlich dass verschiedene unseriöse Kunden Liechtenstein als nicht mehr attraktiv einstufen und ihre Machenschaften nicht mehr über Liechtenstein abwickeln versuchen. Verschiedene neue Offshore-Plätze werben schon damit, dass ihre Gesetze weniger rigoros als die liechtensteinische Gesetze sind.

Wie beurteilt der Treuhänderverband die Massnahmen, welche von der Regierung ergriffen wurden und wie werden die neuesten Massnahmen des Bankenverbandes bewertet?

Wichtig ist, dass die internationale Kritik entschärft, die andern Sparten der Wirtschaft gestärkt und das Image im Ausland verbessert wird.

Liechtenstein beschreitet derzeit einen positiven Weg und die eingeleiteten Massnahmen im Bereich der Gesetzgebung und des Vollzuges sind zu begrüssen und führen sicherlich dazu, dass die Qualität des Finanzdienstleistungsplatzes weiter verbessert wird. Was die Massnahmen des Bankenverbandes betrifft, so ist festzuhalten, dass die geltenden liechtensteinischen Sorgfaltsbestimmungen ohnehin nur einen Mindeststandard festlegten, so dass jeder Finanzintermediär, also auch die liechtensteinischen Banken, für sich selbst in Bezug auf ihre Geschäftsbeziehungen noch höhere Anforderungen stellen können.

Welche Massnahmen sollten in naher und ferner Zukunft zusätzlich ergriffen werden, damit Liechtenstein den Weg aus der Krise findet und damit vom

Ausland her wieder Vertrauen in den Finanzplatz Liechtenstein gewonnen werden kann?

Daneben sollte in Zukunft mehr agiert als reagiert werden und es sollte die liechtensteinische Gesetzgebung periodisch revidiert werden.

Wichtig ist, dass die internationale Kritik entschärft, die andern Sparten der Wirtschaft gestärkt und das Image im Ausland verbessert wird. Dazu wird es notwendig sein, mit den internationalen Organisationen, die Liechtenstein auf die schwarze Liste gesetzt haben, zu kooperieren und einen ständigen Dialog zu führen. Die Aufstockung der finanziellen und personellen Mittel des Amtes für Finanzdienstleistungen ist sicherlich genauso notwendig, wie die effiziente Rechtshilfe in Strafsachen. Zu überlegen wäre auch eine Mitgliedschaft zu OECD, wo die Schweiz schon Mitglied ist und der Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen. Es ist damit zu rechnen, dass die Zulassungskriterien im Treuhandbereich verschärft werden, und dass eine ständige Fortbildung der Mitglieder der Treuhändervereinigung verlangt wird, wie es international bei andern Berufsvereinigungen ohnehin schon Standard ist. Daneben sollte in Zukunft mehr agiert als reagiert werden und es sollte die liechtensteinische Gesetzgebung periodisch revidiert werden, mit dem Ziel, jeweils die beste Offshore-Gesetzgebung international zu bieten. Liechtenstein sollte wieder vermehrt kreativ werden und auch neue «Produkte» im Finanzdienstleistungsbereich anbieten wie etwa eine echte gemeinnützige Stiftung, welche international sogar Muster für eine europäische Stiftung werden könnte, wie die liechtensteinische Privatstiftung auch in Österreich rezeptiert

wurde. Imagekorrekturen bezüglich dem Finanzdienstleistungsplatz sind sicherlich ein Teil, generell muss sich Liechtenstein auch überlegen, ob nicht durch Imageaufbesserungen in andern Gebieten der liechtensteinische Finanzdienstleistungsplatz generell ebenfalls profitieren könnte. Liechtenstein könnte ein Zentrum der bildenden Künste werden, wovon der gesamte Finanzdienstleistungsplatz profitieren würde. Die Hochschulpolitik Liechtensteins sollte konsequent weiterverfolgt werden und auch auf andere Wissensgebiete ausgedehnt werden. Forschungsinstitute, konsequent in Liechtenstein gefördert, könnten Liechtensteins Ruf über die Grenzen hinaus verbessern.

Regierungschef Mario Frick sprach vor einigen Wochen davon, dass sich der Finanzdienstleistungsplatz weg vom off-shore und hin zum on-shore bewegen sollte. Wie beurteilt der Treuhänderverband diesen Vorschlag. Ist dies machbar?

Generell ist festzuhalten, dass Liechtenstein nach wie vor eine Zukunft als internationaler Finanzplatz, auch Offshore, haben wird. Liechtenstein hat aufgrund der liberalen Gesetzgebung vor allem im Bereich der Steuern hier einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Ob dies im Wege einer besonderen Gesellschaftssteuer, bei Sitzgesellschaften wie bisher oder über eine sogenannte Flat-Tax gemacht werden soll, sei dahingestellt. Allein schon aufgrund der derzeit erkennbaren Entwicklung wird Liechtenstein als Onshore-Platz mehr an Bedeutung gewinnen, ich denke hier an Banken, Versicherungen, Firmen im Telekommunikationsbereich oder Hightech Firmen. Ich glaube aber nicht, dass Liechtenstein ganz weg vom Offshore Platz gehen wird und auch Regierungschef Mario Frick dürfte dies nicht gemeint haben. Viele Staaten, darunter auch Grossbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika, pflegen eine lukrative Offshore-Strategie, ohne dass dies aber das Gesamtimage der Staaten beeinträchtigen würde.

Die stetige Bankenzunahme hat für den Finanzplatz das Problem der Perso-

nalressourcen zur Folge. Welche Ausländerpolitik soll diesbezüglich eingeschlagen werden? Ist die gefundene Lösung von 56 Personen pro Jahr zum freien Personenverkehr mit der EU überhaupt umsetzbar oder braucht der Finanzplatz mehr Personalressourcen?

Meine persönliche Meinung ist, dass die Ausländerpolitik generell ausgewogen sein soll.

Die stetige Zunahme in einem Geschäftsbereich geht meist einher mit dem Problem von Personalressourcen. Liechtenstein steht hier nicht allein. Ich denke hier vor allem an Deutschland, wo sich das Problem bei Telekommunikation und Informatik stellt. Es ist sicherlich nicht möglich, einen Sektor zu stärken, ohne dann eine liberale Politik bezüglich ausländischen Arbeitskräften zu machen. Dies ist allerdings eine politische Entscheidung, in die die Treuhändervereinigung sicherlich nicht eingreifen soll. Meine persönliche Meinung ist, dass die Ausländerpolitik generell ausgewogen sein soll und die Personen, welche in Liechtenstein zum freien Personenverkehr zugelassen werden, nicht nur einem Sektor zur Verfügung gestellt werden, sondern auch andern, um nicht neue Schwachstellen mit Personalunterversorgung zu schaffen. Da wir ausserhalb unserer 160 Quadratkilometer überall Ausländer sind, wäre es vielleicht überlegenswert, reziproke Vereinbarungen mit ausländischen Staaten zu treffen, so dass auch Liechtensteiner im Ausland den freien Personenverkehr mindestens im selben Umfang nutzen könnten. Im Rahmen einer solchen Regelung stünde es dann den Liechtensteinern ebenfalls offen, im Ausland höchst qualifizierte Arbeitsstellen anzunehmen. Ob die bisherigen strikten Regelungen zum Personenverkehr in ihrem Protektionismus für Liechtenstein langfristig vorteilhaft sind, ist ohnehin fraglich.

«Die neue Situation führte zu einer grösseren Attraktivität Liechtensteins»

Interview mit Benno Büchel, dem Präsidenten des Bankenverbandes, zur Zukunft des Finanzplatzes und des Landes allgemein

Am 8. November 1999 begann mit dem Bericht im Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» die Krise um den Finanzplatz. In den letzten neun Monaten wurde einiges unternommen, damit unser Land aus den internationalen Schlagzeilen verschwindet. Wie soll es nun weitergehen mit dem Finanzplatz und mit Liechtenstein im Allgemeinen? Der Präsident des Bankenverbandes, Benno Büchel, drückt im Interview aus, dass er optimistisch in die Zukunft blicke und auch weiterhin mit einem Wachstum rechne. Doch er unterstreicht auch, dass ein zu schnelles Wachstum in verschiedener Hinsicht problematisch sein könnte.

Mit Benno Büchel sprach
Alexander Balliner

VOLKSBLATT: Liechtenstein feierte vor wenigen Monaten den 5. Geburtstag des EWR. Welche Erfahrungen machten die Banken mit dem EWR und wie bewertet der Bankenverband aus heutiger Sicht den EWR?

Benno Büchel: Durch den EWR hat der Finanzplatz grundsätzlich eine Aufwertung erfahren. Dies wurde auch durch die regelmässigen Kontrollen durch die ESA, die European Surveillance Authority, die uns stets ein gutes Zeugnis ausstellte, bestätigt. Der EWR hat zu einer Öffnung des Finanzplatzes geführt. Dagegen ist nichts einzuwenden, solange sie organisch, das heisst kalkulierbar ist. Die neue Situation führte zu einer grösseren Attraktivität Liechtensteins, was uns wiederum neue Chancen aber auch einen verschärften Wettbewerb bescherte. Ein zu schnelles Wachstum ist problematisch in verschiedener Hinsicht, deshalb wurden seitens der Regierung Massnahmen ergriffen, damit die Entwicklung kontrollierbar bleibt.

Wir sind ein Kleinstaat, in welchem es nicht möglich ist, unbeschränkt neue Banken anzusiedeln.

Bei der EWR-Abstimmung wurde oft geäussert, dass der EWR-Vertrag ein Vorteil für die Industrie und das Gewerbe mit sich bringe, und auf den Finanzplatz eher negative Auswirkungen haben könnte. Jetzt ist der grosse Gewinner des EWR der Finanzplatz. Wie erklären Sie sich, dass genau das Gegenteil vom Erwarteten eingetreten ist?

Ich teile Ihre Ansicht nicht, dass nur der Finanzplatz vom EWR profitiert hat. Für die Industrie und das Gewerbe war die Öffnung ebenso wichtig. Im Vorfeld der Abstimmungen von 1992 und 1995 war ich als Vertreter der Banken in der EWR-Arbeitsgruppe der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK). Ich war schon damals überzeugt davon, dass sich der EWR positiv auf das Land und den Finanzplatz auswirken kann, denn auf die Dauer überlebt nur, wer marktkonform ist und sich immer wieder mit der Konkurrenz misst. Durch die Öffnung als Folge des EWR hat sich für unseren Finanzplatz die Situation ergeben, dass sich die Banken plötzlich vielen neuen Mitbewerbern gegenüber sahen, die von der Bilanzsumme her teilweise zwar noch nicht so bedeutend sind, im Ausland sah man aber nur die stark angestiegene Anzahl von Banken, was wiederum zu einer erhöhten Wachstumsrate führte. Es wurde bezweifelt, ob



Benno Büchel: «Ein Wachstumsschub, wie wir ihn in den vergangenen Jahren erlebt haben, birgt die Gefahr eines Wildwuchses. Das müssen wir selber verhindern und zwar im eigenen Interesse. Die Botschaft lautet: Wachstum und neue Ideen ja, aber natürlich und kalkulierbar, sonst schliessen wir unweigerlich in die nächsten Probleme.»

wir auch die geforderten Strukturen und Standards besitzen und anerkennen. Von einem Kleinstaat wie Liechtenstein wurde bisher vielleicht ein gewisses Regelungsgefälle zu anderen Rechtssprechungen toleriert, wenn man es aber aus der Sicht der anderen zu bunt treibt, bleibt die Reaktion nicht lange aus. Und die haben wir, wie das Beispiel aus jüngster Vergangenheit deutlich zeigt, sehr schmerzhaft zu spüren bekommen.

Wir haben natürliche Grenzen. Hierzu gehören unter anderem die knappen Raum- und Personalressourcen.

Der EWR hatte und hat auch zur Folge, dass einige ausländische Banken bei uns ansässig wurden. Vor rund 10 Jahren waren noch drei Banken ansässig. Heute sind es 16. Wie beurteilt der Bankenverband diese Entwicklung?

Wie schon erwähnt, hat der Bankenverband nichts gegen einen gesunden Wettbewerb und grundsätzlich nichts gegen weitere Konkurrenten. Voraussetzung ist, dass die Regeln eingehalten werden. Es wäre unfair, den neuen Ban-

ken von vornherein zu misstrauen. Es kamen einige Banken in unser Land, die von ihrem Renommee her eine Bereicherung darstellen. Sie kamen zu uns, weil sie mit der Ansiedlung in Liechtenstein eine gewisse Chance und eine Attraktivität sehen. Wir sind uns alle einig, dass wir vorsichtig mit dieser Entwicklung umgehen müssen. Wir sind ein Kleinstaat, in welchem es nicht möglich ist, unbeschränkt neue Banken anzusiedeln. Je grösser der Finanzplatz, desto mehr Kontrolle ist notwendig. Ich erachte es als sehr wichtig, dass wir uns selbst disziplinieren und uns an Ordnungen halten, die international Standard sind.

Wann ist aber das Ende erreicht? Wie viele Banken erträgt unser Land?

Wichtig ist, dass wir organisch wachsen. Wir haben natürliche Grenzen. Hierzu gehören unter anderem die knappen Raum- und Personalressourcen. In Liechtenstein braucht ja nicht nur der Finanzplatz Personal und Platz, sondern auch die Industrie und das Gewerbe. Die Volkswirtschaft muss aus einer gesunden Mischung bestehen. Eine Diversifizierung ist langfristige Klugheit. Die Wirtschaft muss auf verschiedenen Beinen stehen. Der Ausgleich zwischen Finanzplatz und Werkplatz war und ist unser Erfolgsrezept. Ein Statistikvergleich mit anderen Ländern zeigt, dass wir im Dienstleistungsgewerbe allgemein bisher nicht überborden.

Die Probleme bezüglich Personal- und Platzkapazität, die Sie zuvor angesprochen haben, werfen meines Erachtens grundlegende Fragen zur Zukunft unseres Landes auf. Es werden Befürchtungen dahingehend geäussert, dass sich Liechtenstein zu einem Stadtstaat entwickelt. Dies deshalb, weil jede Bank und auch jedes Unternehmen, das sich bei uns ansiedelt, sowohl Personal als auch Bodenressourcen benötigt. Wir sollten doch heute schon darüber nachdenken, was wir gegen diese Entwicklung zu unternehmen denken. Wenn es so weit ist, ist es doch zu spät.

Der Vorteil der Kleinheit ist die Flexibilität. Die Kehrseite ist, dass gewisse Entwicklungen sofort sichtbar werden.

Ich glaube, dass gerade die jetzige Krise um den Finanzplatz diesbezüglich etwas Positives zum Vorschein brachte. Eine Denkpause. Wir haben ganz dramatisch feststellen müssen, dass die Bäume auch bei uns nicht in den Himmel wachsen. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir alle Chancen

und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft haben. Wir haben die politischen, personellen und geographischen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Finanzplatz. Zudem haben wir über Jahrzehnte ein sehr gutes Know-how aufgebaut. Ein Wachstumsschub, wie wir ihn in den vergangenen Jahren erlebt haben, birgt die Gefahr eines Wildwuchses. Das müssen wir selber verhindern und zwar im eigenen Interesse. Die Botschaft lautet: Wachstum und neue Ideen ja, aber natürlich und kalkulierbar, sonst schliessen wir unweigerlich in die nächsten Probleme.

Es ist interessant zu beobachten, dass die Krise um den Finanzplatz nun schon fast ein Jahr anhält, dies aber dem Bankenzuwachs und dem Erfolg des Finanzplatzes keinen Abbruch tut.

Der Finanzplatz erzielt, wie die Semesterergebnisse zeigen, nach wie vor ausgezeichnete Ergebnisse. Die Krise bezieht sich auf die Reputation und nicht auf die Effizienz. Unsere Vorzüge sind hinlänglich bekannt und ich bin sicher, dass wir bei unseren Kunden, trotz allem, nach wie vor einen sehr guten Ruf geniessen. Die Vorwürfe nehmen wir sehr ernst und wir strengen uns an, dass der gute Ruf wieder hergestellt wird und auch in Zukunft gewahrt bleibt. Das ist die beste Zukunftssicherung.

Fortsetzung auf Seite 19

«Wachstum und neue Ideen ja, aber natürlich und kalkulierbar»

Interview mit Benno Büchel, dem Präsidenten des Bankenverbandes, zur Zukunft des Finanzplatzes und des Landes allgemein

Der Vorteil der Kleinheit ist die Flexibilität. Die Kehrseite ist, dass gewisse Entwicklungen sofort sichtbar werden und dass man dadurch schnell an den Pranger gestellt werden kann. Das internationale Medieninteresse hat enorm zugenommen. Auch das ist zweischneidig. Zum einen ist es unangenehm, wenn es um negative Schlagzeilen geht und zum anderen können positive Botschaften durch die gleichen Kanäle verbreitet werden.

Wollen Sie damit auch sagen, dass die Krise des Finanzplatzes uns alle betrifft?

Es stimmt, dass alle direkt oder indirekt vom Finanzplatz profitieren.

Absolut. Es stimmt, dass alle direkt oder indirekt vom Finanzplatz profitieren. Dies betrifft nicht nur Liechtenstein, sondern die ganze Region. Der Finanzplatz trägt viel dazu bei, dass es uns gut geht. Direkt durch attraktive, qualitativ hochstehende Arbeitsplätze und sichere Berufe. Indirekt kommen die günstigen Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die niedrigen Steuern und die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten der gesamten Wirtschaft zugute. Auch unsere Industrie geniesst weltweit einen ausgezeichneten Ruf. Wenn die Welt schlecht über unseren Finanzplatz spricht, ist das ganze Land betroffen. Dann wird es zu einem gesellschaftlichen Problem, das jedem Liechtensteiner und jede Liechtensteinerin angeht. Es kann aber auch umgekehrt jeder einzelne ein Botschafter unseres Landes sein. Jeder positive Kontakt und jede Handlung haben eine Wirkung auf das Image. Es genügt, wenn alle einfach das selber besser machen, was sie an den anderen stört.

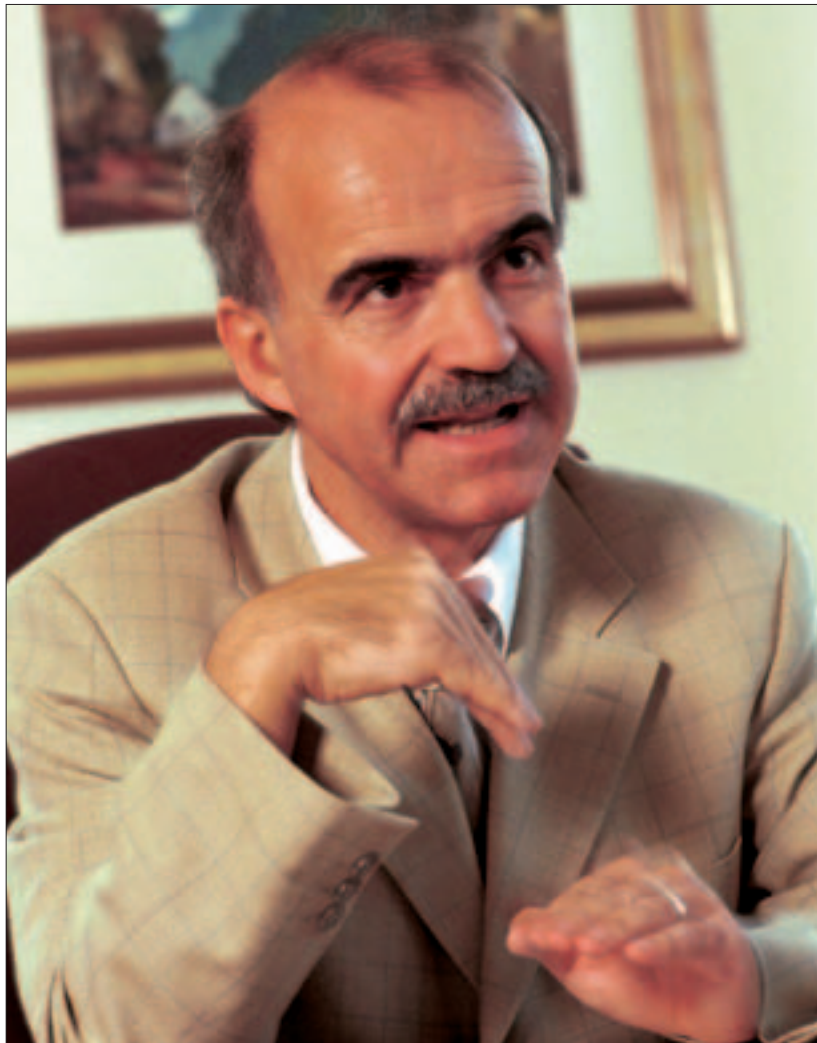
Regierungschef Mario Frick äusserte schon mehrmals, dass sich der Finanzplatz mehr auf den On-Shore-Bereich konzentrieren und sich vom Off-Shore-Bereich entfernen solle. Was denkt der Bankenverband über diesen Vorschlag und ist dies einfach so machbar?

Es sind verschiedene Produkte und Dienstleistungen vorhanden, die in den On-Shore-Bereich gehören. Die Grenzen sind aber nicht einfach zu ziehen. Zum Beispiel sind Fonds oder alternative Investmentinstrumente wie Privat Equity den On-Shore-Produkten zuzurechnen. Der Aufbau eines solchen Sektors braucht seine Zeit. Egal, ob on-shore oder off-shore, was schlussendlich zählt, sind Seriosität, Qualität, Innovation und Leistung!

Die Zukunft wird zeigen, welche Auswirkungen sich durch die derzeitigen Turbulenzen ergeben.

Ich möchte noch konkret auf die Krise um den Finanzplatz eingehen. Spürt der Finanzplatz schon Auswirkungen durch die schwarze Liste der FATF und der OECD?

Wenn man nur die Bilanzzahlen betrachtet, kann man keine negativen Auswirkungen erkennen. Man darf aber auch sagen, dass ein Vertrauensverhältnis zum Kunden weder in einem Tag wächst noch in einem Tag zerstört wird. Die Zukunft wird zeigen, welche Auswirkungen sich durch die derzeitigen Turbulenzen ergeben. Wir nehmen die Situation sehr ernst und so lautet das Gebot der Stunde, dass wir mithelfen, die Probleme



Benno Büchel: «Wir wollen eine stete Evolution und keine abrupte Revolution. Wir wollen langfristige Visionen haben und trotzdem flexibel bleiben, damit wir auf neue Erscheinungen und auf Veränderungen sofort reagieren können.»

zu bereinigen und die international geforderten Standards umzusetzen. Ich bin überzeugt, dass sich im Grunde nicht viel ändern wird, denn auffällige Transaktionen wurden bisher schon mit einer erhöhten Sorgfalt behandelt.

Für Liechtenstein gibt es keine Ausnahmen mehr.

Wie beurteilt der Bankenverband die Gesetzesänderungen beim Sorgfaltspflichtgesetz, beim Rechtshilfegesetz und beim Geldwäschereiarartikel im Strafgesetzbuch.

Den drei erwähnten Gesetzen kommt eine zentrale Bedeutung vor allem wegen der FATF-Liste zu. Die Revision wurde unabhängig davon schon vorher eingeleitet. Der Bankenverband hat schon mehrmals kundgetan, dass er diese Massnahmen der Regierung sehr unterstützt. Mit der Bekanntgabe der neuen «Know-your-customer»-Regel, der verlangten Offenlegung des wirtschaftlichen Berechtigten bei juristischen Personen, wurde dies nochmals eindrücklich unterstrichen.

Unserer Gesetzgebung wird aber von verschiedenen Seiten EU-Konformität zugesprochen. Heisst das, dass man als Finanzplatz eines Kleinstaates stärkere Gesetze haben muss als die EU selbst?

Das Problem liegt in der Dynamik der organisierten Kriminalität. Diese entwickelt sich sehr rasch und so kommt es, dass ein Gesetz, das vor vier Jahren noch alles abdeckte, heute nicht mehr aktuell ist. Die vom Bankenverband initiierte Regelung, dass die Banken den Kunden direkt kennen wollen, ist heute international anerkannt. Wir betrachten dies als eine Umsetzung des internationalen Standards. Für Liechtenstein gibt es keine Ausnahmen mehr. Ausnahmen wurden vielleicht noch vor ein paar Jahren toleriert, jetzt aber nicht mehr. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen und das Optimum aus dieser Situation machen. Das ist das Beste, das wir machen können.

Reichen die nun eingeleiteten und teilweise schon umgesetzten Massnahmen, um von der schwarzen Liste der FATF wegzukommen?

Die Hauptkritikpunkte haben wir substantiell entkräftet. Die Banken kennen nun ihre Kunden und deren wirtschaftlichen Hintergründe direkt. Ferner unterstützen wir die Regierung bei der Optimierung des Rechtshilfegesetzes.

Justizminister Heinz Frommelt schätzt langfristig die schwarze Liste der OECD als gefährlicher ein. Meines Erachtens befindet sich Liechtenstein dort in einem Manko. Zum einen verlangt die OECD, dass unser Steuersystem angepasst wird und zum anderen spricht sich die Regierung für den Steu-

erwerb aus. Die EU hat an ihrem Gipfel im Juni in Portugal die Zinsbesteuerung beschlossen und sie möchte mit uns Verhandlungen aufnehmen. Wie beurteilt der Bankenverband die Entwicklung im internationalen Steuerwesen?

Im Prozess des sich ständig ändernden Weltgeschehens ist es lebensnotwendig, dass wir ein geeignetes Frühwarnsystem unterhalten.

Die FATF-Liste zielt auf die Ethik und die Stigmatisierung. Der Verbleib auf ihr ist gesellschaftlich auf die Dauer unerträglich. Das Bild, dass wir mit dubiosen Geldern in Verbindung gebracht werden, tut sehr weh und muss unbedingt korrigiert werden. Deshalb hat es absolute Priorität, dass wir von der Liste der FATF wegkommen. Ich bin überzeugt, dass die entscheidenden Leute wissen, dass wir einen sauberen, qualitativ hochstehenden Finanzplatz haben und auch in Zukunft haben wollen, der keinen Vergleich mit dem Ausland zu scheuen braucht. Bei der OECD-Liste «Gefährlicher Steuerwettbewerb» gibt es verschiedene

Aspekte. Wir halten fest, dass wir in Sachen Steuern eine andere Philosophie vertreten. Die Erfahrung bestätigt nicht nur uns, dass man mit tiefen Steuern viel Positives bewirken kann. Wenn es dem Bürger gut geht, geht es auch dem Land gut. Die Wirtschaft insgesamt hat von den tiefen Steuern und den günstigen Zinsen profitiert. In Sachen Steuerwettbewerb haben wir mit anderen Ländern gute Mitstreiter. Hierzu gehören sicher die Schweiz und andere Länder wie Luxemburg oder sogar die USA. Ich habe das Gefühl, dass der Entscheid des EU-Gipfels nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Es macht Sinn, eine Zinsbesteuerung – ein Koexistenzmodell – wie es die EU ursprünglich vorhatte, anzustreben. Dies würde bedeuten, dass wir unser Steuersystem sanft entwickeln könnten, und dass wir sicher nicht in Richtung Hochsteuerland marschieren müssten. Trotz der OECD-Steuer-Liste sollten wir uns die Zeit nehmen, mit Gleichgesinnten zusammen zu einer tragbaren Lösung zu kommen, welche unsere Bedürfnisse, insbesondere die Aufrechterhaltung des Bankundengeheimnisses und der verschiedenen Gesellschaftsformen abdeckt.

Wir haben als Land wie auch als Finanzplatz sehr viel zu bieten. Das ist nicht einfach so von der Welt zu schaffen.

Wenn ich Ihre Ausführungen erläutere, kann ich sagen, dass Sie davon ausgehen, dass der Finanzplatz Liechtenstein eine Zukunft besitzt.

Aber sicher! Wenn wir einig und solidarisch vorangehen, haben wir eine enorme Kraft und können zusammen auch etwas bewegen. Wir haben als Land wie auch als Finanzplatz sehr viel zu bieten. Das ist nicht einfach so von der Welt zu schaffen. Man darf auch nicht alles, was in der Presse steht, als bare Münze nehmen. Es gibt auch sehr viele Meinungen, die uns wohl gesinnt sind und uns eine Chance geben. Diese Chance müssen wir nutzen, und zwar mit den Regeln, die heute gelten und nicht mit denjenigen vor fünf Jahren. Dann hat Liechtenstein und sein Finanzplatz eine sichere Zukunft.

Und was ist, wenn die heutigen Regeln in fünf Jahren nicht mehr gelten?

Eine der Stärken des Kleinstaates Liechtenstein ist seine Flexibilität. Im Prozess des sich ständig ändernden Weltgeschehens ist es lebensnotwendig, dass wir ein geeignetes Frühwarnsystem unterhalten, welches uns frühzeitig avisiert, inwieweit das Weltgeschehen uns tangiert und wo wir Handlungsbedarf haben. Wir können so vielleicht verhindern, dass wir wieder in eine so prekäre Situation kommen. Wir wollen eine stete Evolution und keine abrupte Revolution. Wir wollen langfristige Visionen haben und trotzdem flexibel bleiben, damit wir auf neue Erscheinungen und auf Veränderungen sofort reagieren können. Die grossen Ziele, die Strategien, müssen langfristig festgelegt werden; über die Aktionen, die Taktik, müssen wir unter Umständen sehr kurzfristig bestimmen können, je nach Handlungsbedarf.

Welche Visionen hat der Bankenverbandspräsident Benno Büchel?

Auf der Basis unseres dualen Wirtschaftssystems erkennen wir ehrlich und clever unsere Chancen, setzen sie fleissig und mit einer «neuen Bescheidenheit» um und verdienen uns so einen angesehenen Platz in der Staatengemeinschaft!

«Eine stärkere Öffnung der Grenze zu Österreich wäre auch gut»

Interview mit S.D. Prinz Nikolaus, Botschafter bei der EU, zur Zukunft unseres Landes

Die Krise unseres Landes wurde nicht zuletzt durch den Druck anderer Staaten und internationalen Organisationen verstärkt. S.D. Prinz Nikolaus, Botschafter bei der EU in Brüssel, bekommt regelmässig die Reaktionen anderer Staaten auf unsere Problematik zu hören. Wie soll unsere Krise seiner Meinung nach gelöst werden. Welche Anforderungen stellen die anderen Staaten und wie beurteilt er als ehemaliger Botschafter in Bern das Verhältnis Liechtensteins zur Schweiz? Hierbei spricht er sich für eine Überarbeitung des Zollvertrages aus.

Mit S.D. Prinz Nikolaus sprach
Alexander Batliner

VOLKSBLATT: Durchlaucht, wenn Sie momentan an Liechtenstein mit seiner innenpolitischen Unruhe und den aussenpolitischen Angriffen denken, was geht dann in Ihnen vor?

S.D. Prinz Nikolaus: Ich bin traurig, dass es soweit kam und zuversichtlich, dass wir die richtigen Antworten finden. Zwei tiefere Wurzeln sehe ich für die heutige Problematik. Zum einen muss man berücksichtigen, dass Liechtenstein in den letzten 30 Jahren eine riesige, schwerkraftbare Entwicklung mitgemacht hat. Vor allem die Änderung unserer inneren Einstellung dazu ist manchmal schmerzhaft und vollzieht sich zu langsam, um den Herausforderungen rechtzeitig zu begegnen. Zum anderen verändert sich im Ausland auch vieles und es wird weniger Rücksicht auf die Kleinen genommen. Unser Reichtum hat uns manche natürlich vorhandene Sympathie gekostet. Man sieht Liechtenstein heute vermehrt als Konkurrenz. Dies ist nicht ganz unverständlich, sieht man die Entwicklung der Finanzmärkte. Der E-Commerce kann auf längere Sicht aus einem Kleinstaat eine finanzielle Grossmacht werden lassen. Die Anforderungen an die politischen Entscheide steigen. Aus dem entstandenen Schaden gilt es zu lernen, um mit mutigen Schritten aus der Krise herauszukommen.

Ich bin traurig, dass es so weit kam und zuversichtlich, dass wir die richtigen Antworten finden.

Sie werden als Botschafter in Brüssel sicher mit einer Vielzahl an Reaktionen über unser Land konfrontiert sein. Welchen Ruf hat Liechtenstein momentan bei der EU?

Es werden sehr viele Fragen gestellt – ob die Vorwürfe der Wahrheit entsprechen und welche Massnahmen unser Land als Antwort unternimmt. Die Gesprächspartner wollen den Problemen zumeist auf den Grund gehen und geben dem zweifelhaften internationalen Medienecho in ihrer Analyse Gott sei Dank nicht zuviel Bedeutung. Angekratzt ist unser Ruf aber schon.

Sie sagen, dass Interesse vorhanden sei bezüglich unserer Massnahmen. Der Landtag hat im Juni dieses Jahres Gesetzesverschärfungen beim Sorgfaltspflichtgesetz und beim Rechtshilfegesetz beschlossen. Dies, obwohl die Regierung immer sagte, dass wir EU-konforme Gesetze hätten. Müssen wir, um der EU zu gefallen, schärfere Gesetze haben als die EU?

Zuerst ist festzustellen, dass die Hauptkritik weniger bei unserer Gesetzgebung ansetzt, sondern bei der Aufsicht unseres Dienstleistungsse-



Prinz Nikolaus: «Einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Immigration wird es aber immer geben, insbesondere bei unseren tiefen Geburtenraten.»

tors und bei der Rechtshilfe. Zweitens kommen die hauptsächlichsten Angriffe gegen uns nicht von der EU, sondern von anderen Gremien, wie z.B. der FATF. Ein Teil unserer Gesetzesänderungen betreffen auch nicht EU- bzw. EWR-Recht. Die Rechtshilfegesetzgebung zum Beispiel ist nicht durch den EWR vorgegeben. Hier besteht unabhängig davon Nachholbedarf. Das hatte ich schon kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes vor einigen Jahren öffentlich gesagt. Selbst für einen Aussenstehenden wie für mich, war es damals schon offensichtlich, dass unsere Rechtshilfeverfahren ungenügend sind. Dass die Geldwäschereigesetzgebung an sich EWR-kompatibel ist, erleichtert uns die Diskussion. Nicht zuletzt darauf fussend, mahnen wir eine gerechtere Behandlung an.

Der EU-Gipfel von Juni dieses Jahres in Portugal hat zu einem Beschluss bezüglich Steuerharmonisierung für Zinserträge geführt. Wie man in der Presse lesen konnte, sollen Gespräche mit Liechtenstein aufgenommen werden, damit unser Land diese Regelung ebenfalls übernimmt. Zudem wurden wir wegen unserem Steuersystem von der OECD auf eine Liste gesetzt. Diesbezüglich wurde mit Sanktionen gedroht. Welchen Weg muss Liechtenstein in Bezug auf die Steuerharmonisierung, die von vielen Staaten gefordert wird, einschlagen?

Wir stellen schon seit längerem fest, dass die Angriffe primär auf das Bankgeheimnis abzielen. Dies geht weit über

die EU hinaus, wie der Entschluss der OECD beweist. Wir müssen uns dieser Diskussion stellen, ohne einfach mit Schlagworten zu argumentieren. Bei den Beschlüssen des EU-Gipfels geht es um den Informationsaustausch für die Einhebung von Kapitalertragssteuern der EU-Mitgliedsländer. Das ist die Zielrichtung – und bisher nur die politisch vorgegebene Zielrichtung. Denn nun muss die EU zuerst ein Rechtsinstrument aushandeln, um dieses politische Ziel auch umzusetzen.

Die Souveränität, d.h. die Autonomie eigene Lösungen zu finden, stellt in der heutigen Zeit viel höhere Anforderungen.

Es ist klar, dass auch Staaten, die nicht der EU angehören, in diese Beschlussfassung mit eingebunden werden sollen. Wir werden uns die richtigen Antworten in diesem sicher langwierigen Verhandlungsprozess genau überlegen müssen, wobei wir sicherlich das Bankgeheimnis verteidigen. Die Haltung anderer Drittstaaten und abhängiger Territorien ist dabei von grosser Wichtigkeit, wobei die Schweiz im Vordergrund steht. Sie ist diesbezüglich der interessanteste Partner der EU. Ihr Finanzdienstleistungssektor hat eine sehr ähnliche Struktur zu unserem und es

bestehen wichtige Verknüpfungen. Andererseits hat der Bundesrat den EU-Beitritt als strategisches Ziel formuliert, was Liechtenstein nicht gemacht hat. Wir sollten aber nicht nur auf diese schwierigen Verhandlungen schauen, sondern die Zeit für Anpassungen unseres Finanzplatzes an neue Gegebenheiten nutzen. Das Verhältnis von Offshore und Onshore-Wirtschaft gilt es dabei besonders zu berücksichtigen, ebenso wie die Sicherung der Rechtsform der Stiftung. Bei alledem glaube ich, dass das Recht auf die Privatsphäre sich auch langfristig verteidigen lässt, sofern die Verbrechensbekämpfung tadellos funktioniert.

Vor gut drei Monaten feierten wir den 5. Geburtstag des EWR-Vertrages für Liechtenstein. Wie beurteilen Sie rückblickend den EWR für unser Land? Hat er sich bewährt?

Ich glaube, der EWR hat sich bewährt. Die Vorteile überwiegen die Nachteile. Ein Vorteil ist, dass er uns stärker auf die Aussenwelt geöffnet hat. Er hat einen Lernprozess beschleunigt, der uns gerade bei der jetzigen Diskussion um den Finanzplatz dient.

Wäre Liechtenstein in dieselbe Situation geraten, wenn wir nicht Mitglied des EWR wären, und inwieweit hat der EWR die heutige Problematik zumindest verstärkt?

Diese hypothetische Frage ist schwer zu beantworten. Zwei Vorteile sehe ich in der heutigen Krise jedenfalls durch den EWR: Erstens erleichtert er den

Dialog mit der EU, um den wir jedenfalls nie herunkommen.

Das richtige Wirtschaftswachstum und die richtige Richtung für unsere Wirtschaft in Anbetracht unserer kleinen räumlichen Verhältnisse müssen wir schon selbst finden.

Zweitens hat er der Diversifizierung unserer Wirtschaft erheblich genutzt, was für unser Überleben in Zukunft entscheidend sein kann. Eine Alternative wäre vielleicht gewesen, sich der Schweiz anzupassen. Die Auseinandersetzung mit unseren Finanzdienstleistungsregelungen, insbesondere dem Bankgeheimnis, wäre uns dadurch aber nicht erspart geblieben. Das Problem ist grundsätzlich: haben wir den Finanzplatz in den letzten Jahren richtig verwaltet?

Tatsache ist aber auch, dass durch den EWR ein Wirtschaftsboom in Liechtenstein ausgelöst wurde. Hierbei nenne ich beispielsweise den Bankenzuwachs mit teilweise sehr grossem Personalbestand. Dadurch erwachsen aber

Fortsetzung auf Seite 23

«Unser Reichtum hat uns manche vorhandene Sympathie gekostet»

Interview mit S.D. Prinz Nikolaus, Botschafter bei der EU, zur Zukunft unseres Landes

auch Probleme für unser Land oder nicht? Kann durch diesen Wirtschaftsboom die gefundene Lösung zum freien Personenverkehr mit der EU überhaupt eingehalten werden?

Forciert man das wirtschaftliche Wachstum, erhöht sich der Druck im Immigrationsbereich.

Die Souveränität, d.h. die Autonomie eigene Lösungen zu finden, stellt in der heutigen Zeit viel höhere Anforderungen an die Politik als früher. Seinerzeit waren die Zusammenhänge in der Wirtschaft weniger international und komplex. Dabei hat der EWR mit seinen neuen Chancen die Anforderungen an die Wirtschaftspolitik besonders erhöht. Der EWR kann uns jedenfalls nicht die sich stellenden Zukunftsfragen sozusagen von selbst lösen: er gibt nur den rechtlichen Rahmen für einen grossen, uns interessierenden Binnenmarkt ab. Er erleichtert die Beziehungen zu einem grossen Partner, nämlich der EU. Das richtige Wirtschaftswachstum und die richtige Richtung für unsere Wirtschaft in Anbetracht unserer kleinen räumlichen Verhältnisse müssen wir schon selbst finden. Die notwendigen Instrumente haben wir, z.B. Steuergesetzgebung, Anforderungen an Banken-Neugründungen, usw. Die Massnahmen dürfen nur nicht diskriminierend und wettbewerbschädigend sein. Die Vereinbarung für den freien Personenverkehr gilt für die kommenden Jahre. Liechtenstein hat die Autonomie dieser Regelung umzusetzen und somit nur einen schwachen Zuzug zuzulassen. Es liegt an uns und ist, wie in der Politik allgemein, eine Abwägung der Vor- und Nachteile: forciert man das wirtschaftliche Wachstum, erhöht sich der Druck im Immigrationsbereich. Dies ist keine gottgegebene Notwendigkeit. Zum Beispiel können wir den Banken ein stärkeres Korsett anlegen, damit Bankengründungen uninteressanter werden. Ich stelle fest, dass in den letzten Jahren von keiner Seite hierzu eine grössere Diskussion angefangen wurde. Wir haben in den 30 Jahren vor dem EWR hohe Zuwachsraten in Wirtschaft und Immigration gehabt – übrigens hat sich das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem Zuwachs und Immigration zu Gunsten des ersteren in den letzten Jahren verbessert. Einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Immigration wird es aber immer geben, insbesondere bei unseren tiefen Geburtenraten.

Eine kontrolliertere Vergrösserung des Finanzplatzes kann ich mir schon noch vorstellen, aber auf anderen Grundlagen.

Spinnen wir das Rad einmal weiter: Es kommen neue Banken und neue Unternehmen mit grossem Personalbestand in unser Land. Wir haben die Telekommunikation liberalisiert, was ebenfalls zu Personalzuwachs führen wird. Zudem brauchen die neuen Banken und Unternehmen Platz. Es werden viele neue Gebäude errichtet. Vaduz, Schaan und Triesen wachsen jetzt schon in überproportionaler Weise. Das Verkehrsaufkommen wird dadurch sicher auch nicht geringer. Werden wir in 30, 40 oder 50 Jahren ein zweites Monaco sein, also eine Art Stadtstaat?



S.D. Prinz Nikolaus: «Heute haben wir einen Wildwuchs mit unseren 80 000 Gesellschaften. Manche Bereiche dieses Gesellschaftswesens bringen unserer Volkswirtschaft fast nichts und stellen uns vor enorme Aufsichtsprobleme.»

Dies hängt weitgehend davon ab, welche politischen Entscheide wir fällen. Natürlich können wir die nicht ganz isoliert von der internationalen Entwicklung machen. Es braucht aber in erster Linie der politischen Diskussion bei uns, abgestützt auf Expertenarbeit. Eine kontrolliertere Vergrösserung des Finanzplatzes kann ich mir schon noch vorstellen, aber auf anderen Grundlagen: es bedarf einer stärkeren Spezialisierung, die auf europäische und globale Entwicklungen Rücksicht nimmt. Heute haben wir einen Wildwuchs mit unseren 80 000 Gesellschaften. Manche Bereiche dieses Gesellschaftswesens bringen unserer Volkswirtschaft fast nichts und stellen uns vor enorme Aufsichtsprobleme. Wir müssen uns auf das gute, seriöse Geschäft konzentrieren. Beibehaltung des Bankgeheimnisses ja, aber weniger davon abhängig sein. Das bedeutet auch stärkere Diversifizierung im Dienstleistungsbereich. Wir brauchen ein Wirtschaftsleitbild, das hohen ethischen Anforderungen gerecht wird und den Gegebenheiten unseres Landes entspricht. Dazu gehört auch der Schutz der Umwelt. Eine Verdoppelung der liechtensteinischen Bevölkerung in den kommenden Jahren wäre für mich keine glückliche Variante. Andererseits platzen wir auch noch nicht aus allen Nähten. Wir brauchen nicht in eine Alarmsituation zu verfallen.

Sie haben bereits betont, dass der Bundesrat der Schweiz den EU-Beitritt als Ziel formuliert hat. Welche Auswirkungen hätte ein etwaiger EU-Beitritt der Schweiz? Wäre er gleichbedeutend mit dem Ende des Zollvertrages?

Bei einem EU-Eintritt der Schweiz würde ihre Kompetenz zum Abschluss von Zollverträgen auf die EU übergehen. Verhandlungen mit der EU wären also jedenfalls notwendig. Ein Zollvertrag mit der EU, wie es z.B. auch Andorra und San Marino haben, wäre demnach die naheliegendste Lösung. Eine autonomere Lösung, nur mit Freihandelsverträgen, wäre theoretisch ebenfalls denkbar.

Ich frage mich aber, ob der Zollvertrag mit der Schweiz in absehbarer Zeit nicht jedenfalls modernisierungsbedürftig ist.

Wenn die EU dies genehmigen würde, könnte der bestehende Zollvertrag auch von ihr einfach übernommen werden. Ich frage mich aber, ob der Zollvertrag mit der Schweiz in absehbarer Zeit nicht jedenfalls modernisie-

rungsbedürftig ist. Vielleicht sollte diese Frage mit der Schweiz in den nächsten Jahren diskutiert werden – unabhängig von einem eventuellen EU-Beitritt.

In welchen Bereichen sehen Sie Anpassungsbedarf?

Der Zollvertrag ist bald 80 Jahre alt. Er geht von einer Wirtschaftsrealität aus, die es heute nicht mehr gibt. Denken wir nur an die Internationalisierung des Wirtschaftsaustausches. Entsprechend altmodisch und interpretierungsbedürftig sind die verwendeten Ausdrücke. Was der Vertrag umfasst, bzw. was er nicht umfasst, würde man heute klarer abgrenzen. Die institutionelle Arbeitsteilung zwischen den beiden Partnern gehört im Lichte der politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte etwas überarbeitet. Seine Grundfunktion als ein Eckstein der engen Beziehungen zur Schweiz und zur Regelung der offenen Grenze sollte aber durch eine eventuelle Neuformulierung unangetastet bleiben. Eine stärkere Öffnung der Grenze zu Österreich, unseren anderen Nachbarn, und damit zur EU, wäre natürlich auch gut. Der EWR hat schon einiges dahin gewirkt. Bessere Lösungen sind aber wünschbar, denn, vergessen wir nicht, der EU-Binnenmarkt entwickelt sich auch ausserhalb des EWR weiter.

Bei einem Interview zur Zukunft unseres Landes kommt man momentan an der Verfassungsfrage nicht herum. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Situation bezüglich der Verfassungsfrage?

Ein Klärungsbedarf in der Verfassung besteht, insbesondere die Rolle des Monarchen. Selbst innerhalb derjenigen, die die Verfassung nicht ändern wollen, gibt es erhebliche Interpretationsunterschiede bei einzelnen Artikeln. Der Fürst hat klare Vorstellungen und Fragestellungen formuliert. Die Frage ist nun, wie man diesen Prozess zu Ende bringt. Ein Dialog, mit oder ohne Abstimmung, wird immer notwendig sein. Ein grosser Trugschluss wäre es, dabei auf ausländische Modelle abzustellen. Vieles ist bei uns historisch anders gewachsen und wie auch andere Kleinstaaten zeigen, bringen diese ganz andere politische Bedingungen mit sich, als grössere Staaten. Zwei Aspekte sind jedenfalls zu beachten: einmal die Rolle der fürstlichen Familie, die kaum mit der anderen Monarchie vergleichbar ist. Jede Lösung wird daher von einer erheblichen Autonomie der fürstlichen Familie ausgehen müssen. Zum zweiten bedarf es einer klaren Kompetenzverteilung zwischen Monarchen und den demokratischen Organen. Entweder er spielt eine wesentliche Rolle im Geschehen des Landes – nicht nur formale Kompetenzen, die faktisch von anderen ausgeübt werden – oder wir haben ein weitgehend repräsentatives Staatsoberhaupt und die Staatsmacht liegt bei anderen Staatsorganen, die dann aber auch die volle Verantwortung tragen müssen. Es geht um eine grundsätzliche Diskussion und nicht um taktische Positionen.

Ihre Ausführungen würden bedeuten, dass in Liechtenstein in den letzten 12 Monaten die Diskussion zur Verfassungsfrage falsch geführt wurde. In Liechtenstein wurde viel mehr über einzelne Vorschläge diskutiert als über die von Ihnen genannte grundlegende Frage.

Jedenfalls sollte die Verfassungsfrage in absehbarer Zeit, mit oder ohne Abstimmung, gelöst werden. Liechtenstein steht vor grösseren Herausforderungen.

Ich glaube, der Landesfürst hat die hauptsächliche Frage in den Raum gestellt. Kritiker mögen sogar sagen, dass er dies mit der Ankündigung eventuell nach Wien umzuziehen, zu brutal gemacht hat. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die fürstlichen Kompetenzteilungen habe ich, zumindest als Ausenstehender, nur in sehr geringem Masse erkennen können. Man hat sich dann aber lange darüber unterhalten, ob die dieses Jahr vom Fürsten und vom Erprinzen vorgeschlagene Verfassungsrevision ein Demokratiedefizit gegenüber der heutigen bedeuten würde – eine eher unergiebig Diskussion, nachdem die Interpretation der Kompetenzteilung in unserer heutigen Verfassung zu einer Kakophonie ausarten droht. Die Fragestellung hätte wohl eher sein sollen: Was dient unserem Land? Wie lassen sich anstehende politische Probleme lösen? Wo liegt das richtige Gleichgewicht zwischen monarchischem und demokratischem Element? Welches Gewicht geben Sie der direkten Demokratie? Jedenfalls sollte die Verfassungsfrage in absehbarer Zeit, mit oder ohne Abstimmung, gelöst werden. Liechtenstein steht vor grösseren Herausforderungen.

«Für mich ist klar, dass Liechtenstein zu einem Stadtstaat wird»

Gespräch über die Zukunft Liechtensteins mit Peter Frick und Arnold Matt

Die Zukunft Liechtensteins hängt nicht nur vom Finanzdienstleistungsplatz ab. Auch das Gewerbe und die Industrie bilden für unser Land einen sehr wichtigen Eckpfeiler. Wie stellt sich das Gewerbe und die Industrie die Zukunft unseres Landes vor? Das Volksblatt sprach mit Peter Frick, Präsident der Industrie- und Handelskammer, und Arnold Matt, Präsident der Gewerbekammer, über ihre Vorstellungen bezüglich unseres Landes im neuen Jahrtausend.

Mit Peter Frick und Arnold Matt sprach Alexander Batliner

VOLKSBLATT: Herr Frick, vor wenigen Monaten feierte Liechtenstein den 5. Geburtstag des EWR-Vertrages. Sowohl die Industrie als auch das Gewerbe sprachen sich damals für eine Annahme des EWR-Vertrages aus. Haben sich Ihre Vorstellungen, Hoffnungen und Wünsche bezüglich des EWR erfüllt?

Peter Frick: Auf Seiten der Industrie haben sich die Vorstellungen erfüllt. Eine Bedingung war, den doppelten Warenverkehr mit dem EWR und mit der Schweiz zu realisieren. Dieser wurde realisiert und er funktioniert einwandfrei. Vom EWR-Vertrag haben wir nicht erwartet, dass wir neue Vorteile erhalten. Es ging uns vor allem darum, den Status quo zu halten. Und dieser wurde gehalten. Dies war das Ziel und auch das Hauptargument der Industrie. Wie wichtig oder sogar lebenswichtig für unser Land es war, die Konkurrenz- und Lebensfähigkeit von Industrie und Gewerbe als Standbeine unserer Volkswirtschaft zu sichern, zeigt uns die aktuelle Krise des Finanzplatzes mit aller Deutlichkeit.

Arnold Matt: Auch von Seiten des Gewerbes kann ich eine positive Bilanz ziehen. Die Befürchtungen, die damals von verschiedenen Kreisen geäussert wurden, haben sich nicht bewahrheitet. Deshalb sind wir mit dem EWR zufrieden. Es gibt immer Kleinigkeiten, die nicht optimal laufen. Auch die Befürchtung, dass ausländische Gewerbebetriebe in übermässiger Art und Weise nach Liechtenstein kommen würden, hat sich auch nicht bewahrheitet. Wie die Industrie, kann auch das Gewerbe ein positives Bild zeichnen.

Wenn ich Visionär sein möchte, müsste ich sagen, dass man heute schon mit dem Bau eines Tunnels für eine U-Bahn von Feldkirch bis Balzers beginnen sollte.

Der EWR hat zu einem Wirtschaftsboom geführt. Der Bankensektor ist stark am Wachsen, neue Unternehmungen siedeln sich bei uns an, die Telekommunikation wurde liberalisiert. Dies alles führt zu einem Personalzuwachs und zu einem steigenden Bodenbedarf, da alle neuen Firmen auch Platz brauchen. Welche Richtung wird Liechtenstein durch diese Entwicklung einschlagen? Werden wir in den nächsten 30 oder 40 Jahren zu einem zweiten Monaco, also zu einem Stadtstaat?

Peter Frick: Ich glaube, dass wir nun zuerst die Krise des Finanzdienstleistungsplatzes überstehen müssen. Mit dem EWR hat dieses Debakel allerdings nichts zu tun. Ein Teil der Finanzdienstleister und viele andere haben leider zu lange die Risiken für den Finanzplatz Liechtenstein nicht erkannt oder nicht wahrhaben wollen. Ich glaube



Arnold Matt: «Ich glaube nicht, dass wir Richtung Monaco steuern. Für mich ist aber klar, dass Liechtenstein in den nächsten Jahrzehnten zu einem Stadtstaat wird. Diese Tendenz zeigt sich deutlich.»

be nicht, dass wir Richtung Monaco tendieren. Ich sehe eher, dass wir die Dynamik und das weitere Wachstum des Finanzdienstleistungssektors neu überdenken müssen.

Arnold Matt: Ich glaube nicht, dass wir Richtung Monaco steuern. Für mich ist aber klar, dass Liechtenstein in den nächsten Jahrzehnten zu einem Stadtstaat wird. Diese Tendenz zeigt sich deutlich. Wenn ich daran denke, dass ich zu meiner Schulzeit noch lernte, dass Liechtenstein rund 12 000 bis 15 000 Einwohner hat und heute haben wir schon über 30 000 Einwohner, obwohl ich noch nicht einmal 50 Jahre alt bin, ist diese Tendenz nicht von der Hand zu weisen. Ich gehe davon aus, dass es in Liechtenstein in den nächsten 50 Jahren nochmals eine Verdoppelung wenn nicht sogar Verdreifachung der Bevölkerungszahl geben wird. Deshalb glaube ich, dass Liechtenstein zu einem Stadtstaat wird. Wir müssen aber heute schon überlegen, wie wir die Probleme, die dadurch entstehen, lösen werden. So unter anderem das Verkehrsproblem. Wenn ich Visionär sein möchte, müsste ich sagen, dass man heute schon mit dem Bau eines Tunnels für eine U-Bahn von Feldkirch bis Balzers beginnen sollte. Dann hätten wir in 15 bis 20 Jahren ein Verkehrssystem, welches die Probleme lösen würde.

Wollen wir überhaupt, dass Liechtenstein eine solche Entwicklung nimmt?

Arnold Matt: Wir dürfen uns die Wachstumsmöglichkeiten natürlich nicht verbauen. Dies gilt auch für die Industriebetriebe. Der Wachstumsdruck ist wegen der Konkurrenzfähigkeit immer vorhanden.

Peter Frick: Man muss diesbezüglich berücksichtigen, dass die Liechtensteiner Industrie mehr als das Doppelte ihrer inländischen Mitarbeiterzahl im Ausland hat. Wir wachsen praktisch im Ausland. Dennoch haben wir den Export in den letzten 5 Jahren um rund 25 Prozent gesteigert. Die Möglichkeit zur Expansion in Liechtenstein ist für die Industrie schon wegen der nötigen Mitarbeiter beschränkt. Dies gilt nicht nur für die Mitarbeiter aus Liechtenstein, sondern für die Mitarbeiter aus der ganzen Region. Wir haben nämlich heute einen regionalen Arbeitsmarkt und nicht nur einen liechtensteinischen Arbeitsmarkt. Aber auch der regionale Arbeitsmarkt ist beschränkt. Deshalb ist die Wachstumsmöglichkeit eingeschränkt. Wir brauchen aber ein ständiges Wachstum. Momentan beschäftigt die Industrie Liechtensteins rund 7000 Personen. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass sich diese Zahl verdoppeln liesse. Ich bin nicht der Ansicht, dass Liechtenstein zu einem Stadtstaat wird. Es braucht einfach einen nationalen Konsens bezüglich der Richtung, die Liechtenstein einschlagen soll, und bezüglich des Ausländeranteils. Ob der Ausländeranteil 55 Prozent, 40 Prozent oder noch weniger betragen soll, hängt davon ab, was wir in Liechtenstein in Zukunft wollen. Ich persönlich bin der Meinung, dass ein Ausländeranteil von über 50 Prozent ein Problem werden könnte. Es ist auch nicht notwendig, dass man den Ausländeranteil steil steigen lässt, da wir den regionalen Arbeitsmarkt ausschöpfen können. Er ist zwar auch begrenzt, aber keineswegs völlig unergiebig.

Wie sieht es beim Gewerbe aus? Wie hoch ist der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften beim Gewerbe?

Arnold Matt: Grundsätzlich sind die Personalressourcen für das Gewerbe sehr knapp. Uns fehlen die Fachleute. Man muss diese Problematik schon überregional betrachten.

Wenn man aber das Verhandlungsergebnis zum freien Personenverkehr mit der EU in Betracht zieht und Sie jetzt sagen, dass die Personalressourcen knapp seien, frage ich mich: Ist das überhaupt noch umsetzbar? Was erwartet die Industrie und das Gewerbe diesbezüglich von der Politik? Was muss gemacht werden, damit die Voraussetzungen optimal sind?

Peter Frick: Ich bin der Ansicht, dass wir mit dem regionalen Arbeitsmarkt überleben können. Wir müssen uns nach dem regionalen Arbeitsmarkt richten. Wenn er nicht ausreichen sollte, muss die Industrie noch stärker im Ausland expandieren. Die Lösung mit den 56 Personen, welche die Regierung mit der EU ausgehandelt hat, ist eine politische Entscheidung, die wir akzeptieren müssen. Die Frage lautet nicht: Wollen wir mehr? Die Frage lautet: Was ist politisch möglich – also im Konsens durchsetzbar.

Arnold Matt: Es ist auch eine Frage, ob diese Zahl umsetzbar ist oder nicht. Diese Regelung gilt die nächsten sieben Jahre. Nach sieben Jahren könnte es so sein, dass wir mehr Ausländer nach Liechtenstein lassen müssen, weil die Wirtschaft so am Wachsen ist. Momentan ist es gut möglich, dass wir unseren Personalbedarf mit dem regionalen Arbeitsmarkt abdecken können. Die um-

liegenden Dörfer wie beispielsweise Haag oder Sevelen auf Schweizer Seite oder von Feldkirch bis Bregenz auf österreichischer Seite wachsen dadurch ja auch ständig. Man muss auch berücksichtigen, dass die Industrie- und Gewerbebezonen bei uns im Land erschöpft sind. Beispielsweise ist es in Mauren nicht mehr möglich, weitere Gewerbe- oder Industriebetriebe anzusiedeln, da alles erschöpft ist. Deshalb ist es für das Gewerbe aus Platzgründen schwierig, weiter zu expandieren. Vor allem haben wir nicht die Möglichkeit wie die Industrie, beispielsweise 500 Arbeitsplätze in Österreich anzusiedeln. Das ist für uns nicht möglich.

Wie kann man dieses Manko beheben?

Arnold Matt: Wenn ich das als Visionär sagen muss, würde ich vorschlagen, gewisse Zonen zu reduzieren. Für mich sollten die Bauern zu Landschaftsgärtnern werden. Bei der Landwirtschaft erhält sich der Staat viele Ausgaben durch Subventionen. Man sollte sich dies beim Staat nochmals überdenken.

Peter Frick: Das Gewerbe hat seinen Hauptmarkt in Liechtenstein. Dieser Markt ist in den letzten Jahren sicher steigend gewesen. Dies hängt natürlich auch von der konjunkturellen Situation ab. Im Moment bauen beispielsweise einige Banken und dadurch erhält das Gewerbe viele Aufträge. Langfristig gesehen hat das Gewerbe unseres Landes mit dem Markt, der in unserem Land vorhanden ist, immer ein gutes Auskommen gehabt. Das heisst: Wenn das Gewerbe expandieren möchte, wird es verstärkt Aufträge in der Region akquirieren. Dann ist es natürlich auch notwendig, dass das Gewerbe in der Region aufbaut, wie es beispielsweise Bruno Risch in Vorarlberg machte. Das Gewerbe kann in der Region machen, was die Industrie im weiteren Ausland gemacht hat.

Für mich sollten die Bauern zu Landschaftsgärtnern werden. Bei der Landwirtschaft erhält sich der Staat viele Ausgaben durch Subventionen.

Arnold Matt: Das ist auch meine Meinung. Für die Industrie ist das aber sicher einfacher. Dies ist für einen Gewerbebetrieb ein grosser finanzieller Aufwand. Dies würde heissen, dass ich mit vier oder fünf Personen eine Betriebsstätte aufrecht erhalten müsste. Ich müsste die Investitionen zweimal tätigen. Die Gewerbebetriebe sind zu klein, um sich so zu dezentralisieren. Es braucht eine gewisse Grösse, um dies möglich zu machen.

Peter Frick: Der grösste Vorteil für die Industrie war die Liberalisierung des regionalen Arbeitsmarktes. Dieser erstreckt sich für mich von Chur bis zum Bodensee und von Appenzell bis zum Aargau. Aus dieser Gegend müssen wir unsere Arbeitskräfte für Liechtenstein schöpfen. Wir brauchen natürlich auch Fachkräfte aus dem Management- und Informatikbereich. Diese können auch aus dem weiteren Ausland stammen. Die 56 Personen gemäss der Lösung zum freien Personenverkehr sollten nicht aus der Region, sondern aus dem weiteren Ausland stammen. Gerade für solche hochqualifizierten Fachleute aus grösserer Entfernung sollte die 56-Personen-Quote genutzt werden. Das ändert natürlich nichts daran, dass wir in der Region sehr gute Ausbildungsstätten brauchen. Das ist

Fortsetzung auf Seite 27

«Wir müssen uns nach dem regionalen Arbeitsmarkt richten»

Gespräch über die Zukunft Liechtensteins mit Peter Frick und Arnold Matt

heute mit der Universität St. Gallen, mit den Fachhochschulen in Vaduz und Buchs und mit Ausbildungsstätten in Vorarlberg und Chur schon der Fall. Diese müssen wir unterstützen. Wir müssen darauf achten, dass wir sehr gut ausgebildete Fachkräfte auch aus der Region bekommen.

Arnold Matt: Für mich ist die Lösung zum freien Personenverkehr realistisch. Wir sollten jedoch darauf achten, dass wir keine Hilfsarbeiter, sondern Fachkräfte in unser Land holen. Die bessere Lösung ist die Rationalisierung. Es gibt Gewerbebetriebe, welche die Rationalisierung nicht einfach lösen können. Sie sollten jedoch über diese Möglichkeit nachdenken. Das ist wiederum ein Vorteil gegenüber anderen Ländern. Wir haben natürlich Vorteile im Know-how. Wie Sie, Herr Frick, zuvor schon betont haben, gibt es in unserer Region sehr gute Ausbildungsmöglichkeiten. Dadurch ergibt sich ein gewisser Wissensvorsprung.

Wenn wir über die Region hinaus schauen und die Entwicklung weltweit betrachten, dann erkennt man eine rasche Zunahme der Globalisierung. Dies gerade auch durch das Internet. Die WTO tendiert auch sehr stark in die Richtung von Freiheit der Märkte. Welche Auswirkungen hat diese weltweite Politik auf die Industrie unseres Landes?

Wir haben jetzt seit vier Jahren einen liberalisierten Telekommunikationsstandort und es sind noch keine Firmen zu uns gekommen.

Peter Frick: Die WTO ist die Nachfolgeorganisation des GATT und dieser ist immerhin schon 40 Jahre alt. Auf der Basis dieser Abkommen und Verhandlungsergebnisse kann die Industrie planen. Man weiss, dass die Märkte geöffnet werden und in welchen Stufen. Revolutionär ist das Internet. Mit ihm kann ein Unternehmen heute sein Angebot weltweit machen. Für die Industrie gibt es diesbezüglich nur eines: Dabei zu sein. Man muss «online» präsent sein und die Mittel nutzen. Dadurch werden natürlich auch die Vertriebswege verändert. Einen völlig neuen Vertriebsweg bietet das E-commerce, das ebenfalls riesige Chancen beinhaltet. Das alles ist eine gewaltige Herausforderung für jede Firma, die einigermaßen international tätig ist.

Arnold Matt: Das Internet ist in gewissen Branchen des Gewerbes ebenfalls stark verbreitet. Einiges an Bestellungen erreichen uns heute über E-Mail und nicht mehr per Telefon oder Fax. Dies bedeutet auch, dass die Distanzen kleiner werden. Bei den kleineren Gewerbebetrieben fehlt zum Teil das Personal, um dieses neue Medium des Internets zur Gänze auszubauen. Die größeren Betriebe nutzen es aber schon sehr häufig.

Die Regierung macht sich gerade durch die Liberalisierung der Telekommunikation sehr stark für das Internet. Werden durch die Liberalisierung der Telekommunikation die Grundlagen geschaffen, damit die Industrie und das Gewerbe optimistisch in die Zukunft blicken können?

Arnold Matt: Bezüglich der Liberalisierung wurde sicher genug unternommen. Meine Bedenken gehen jedoch Richtung Sicherheit. Es ist gerade in letzter Zeit ein Kreditkartenbetrug vorgefallen. Das sind Nachteile, mit denen wir leben müssen. Zum Teil ist es auch so, dass für solche Betrügereien in Liechtenstein tätige Provider benutzt



Peter Frick: «Ein EU-Beitritt der Schweiz hätte ganz gravierende Konsequenzen für unser Land. Hierbei wäre die Mehrwertsteuererhöhung die kleinste Konsequenz.»

werden. Das ist sicher gefährlich für die Zukunft der Telekommunikation.

Peter Frick: Mit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes mussten zuerst die Bedingungen geschaffen werden, damit ausländische Firmen in unser Land kommen. Ob es schlussendlich gelingt, Firmen in unser Land zu bringen, wird sich weisen. Wir haben jetzt seit vier Jahren einen liberalisierten Telekommunikationsstandort und es sind noch keine Firmen zu uns gekommen. Ich habe Bedenken, dass dies überhaupt gelingen wird. Ich rede jetzt nicht von den kleinen Firmen, welche zu uns gekommen sind. Eine Studie, die im Auftrag der Regierung erstellt wurde, sprach von einem Markt von rund 5 Milliarden Franken. Es waren Vorstellungen vorhanden, welche weniger wert waren als das Papier, auf dem sie gestanden sind. Ich glaube, dass wir diesbezüglich einen falschen Weg eingeschlagen haben. Die Industrie ist an allem interessiert, was sauberes Geld in unser Land bringt und wenig Arbeitskräfte braucht. Das heisst: Alles was hilft, unsere Staatsausgaben abzudecken. Da hinter die weitere Entwicklung des Offshore-Business ein Fragezeichen zu setzen ist, müssen wir Alternativen finden.

Liechtenstein wurde vor einigen Wochen auf die schwarze Liste der OECD gesetzt. Diese Organisation droht nun mit Sanktionen gegen unser Land, wenn wir unser Steuersystem nicht anpassen. Was hätten etwaige Steuererhöhungen für die Industrie und das Gewerbe für Folgen?

Peter Frick: Zuerst müsste der Staat darauf achten, das er seine Ausgaben beschränkt. Man könnte bei uns noch einige Millionen sparen, ohne dass wir es spüren würden. Die erste Massnahme müsste sein, dass der Staat ein Sparbudget macht und dann darauf achtet, was uns in der Kasse fehlt. Wenn die Steuern trotzdem steigen sollten, müssen wir damit leben.

Arnold Matt: Wir haben bei uns auch noch andere Vorteile, die wir gegenüber anderen Ländern haben, auch wenn wir

eine Steuerharmonisierung aufzuzwingen bekommen würden. Ich denke hierbei zum Beispiel daran, dass wir kein Militär unterhalten müssen. Zudem ist die Mentalität der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner von Vorteil. Sie sind bereit, ein paar Stunden länger zu arbeiten als die 35 Stunden, die in anderen Ländern gearbeitet werden. Auch die Einstellung zur Arbeit an sich ist bei uns besser als anderswo. Das heisst: Man kann sich als Betrieb andere Vorteile verschaffen, so dass man auch bei etwaigen Steuererhöhungen konkurrenzfähig bleibt.

Aber eine Steuererhöhung würde doch auch eine Produktverteuerung mit sich bringen oder nicht?

Arnold Matt: Ich habe zuvor schon die Rationalisierung erwähnt. Eine Produktverteuerung treibt die Rationalisierung voran. So könnten die Preise stabil gehalten werden.

Peter Frick: Ich bin der Ansicht, dass wir unser Steuersystem grundsätzlich neu überdenken müssen. Wir müssen auch davon ausgehen, dass die Mehrwertsteuer langsam aber stetig ansteigt wird. Dies deshalb, weil wir mit der Schweiz im gleichen Wirtschaftsraum sind und somit die Mehrwertsteuererhöhungen der Schweiz ebenfalls mitmachen müssen.

Müssen wir das? Darf es diesbezüglich keinen Unterschied geben?

Peter Frick: Nein, den darf es nicht geben, da wir sonst keinen gemeinsamen Wirtschaftsraum mehr hätten. Dann hätten wir die billigeren Produkte als in der Schweiz und dies würde die Schweiz nicht akzeptieren. Dies muss uns die Zusammenarbeit mit der Schweiz wert sein. Das Verhältnis zur Schweiz ist für mich ein wesentlicher Faktor für die Zukunft unseres Landes. Ich erachte es für wichtig, dass wir uns wieder enger an die Schweiz anlehnen. Das heisst, dass die Einnahmen für den Staat in Zukunft vermehrt über die Mehrwertsteuer generiert werden. Ich sehe die Möglichkeit, dass wir einmal einen Mehrwertsteuersatz von 10 bis 12 Prozent haben

werden. Die Mehrwertsteuer ist meiner Ansicht nach eine der gerechtesten Steuern: Wer konsumiert, zahlt dafür Steuern. Wer nicht konsumiert, zahlt entsprechend weniger Steuern. Und wer investiert, erhält die im Preis enthaltene Mehrwertsteuer wieder zurück.

Ich denke auch, dass es nicht haltbar wäre, wenn wir einen anderen Mehrwertsteuersatz wie die Schweiz hätten.

Arnold Matt: Ich denke auch, dass es nicht haltbar wäre, wenn wir einen anderen Mehrwertsteuersatz wie die Schweiz hätten. Rein technisch ist dies nicht möglich. Wie Herr Frick sagte, ist diesbezüglich der gemeinsame Wirtschaftsraum mit der Schweiz prioritär.

Der Bundesrat der Schweiz hat sich jedoch den EU-Beitritt zum Ziel gesetzt. Dies hätte eine Mehrwertsteuer von mindestens 15 Prozent zur Folge.

Peter Frick: Ich gehe nicht davon aus, dass die Schweiz innerhalb der nächsten fünf Jahre Mitglied der EU sein wird. Das sind jedoch Szenarien, die wir heute überdenken müssen und nicht erst dann, wenn es zu spät ist.

Was hätte ein EU-Beitritt der Schweiz für die Industrie und das Gewerbe für Folgen?

Peter Frick: Ein EU-Beitritt der Schweiz hätte ganz gravierende Konsequenzen für unser Land. Hierbei wäre die Mehrwertsteuererhöhung die kleinste Konsequenz.

Was wären dann die anderen Konsequenzen?

Peter Frick: Ich gehe davon aus, dass Liechtenstein der EU nicht beitreten will. Wenn die Schweiz der EU beitrete, würde die Grenze zwischen der

Schweiz und uns zur Aussengrenze der EU. Wir hätten dann den ungehinderten Zugang zum Schweizer Markt nur noch als Mitglied des EWR – und solange der EWR besteht. Eine EU-Mitgliedschaft unserer EWR-Partner Norwegen und Island wird inzwischen wahrscheinlicher. Das heisst: Der EWR bestünde nachher nur noch aus Liechtenstein. Und Liechtenstein allein kann die Institutionen des EWR nicht tragen. Also müssen wir uns heute schon überlegen, welche Integrationsform wir wollen. Unsere Aussenpolitiker müssen sich jetzt Gedanken machen, was nach dem Tag X geschehen soll. Der EWR-Vertrag ist eine sehr gute Ausgangsposition für eine weitere Integration. Es gibt gute Möglichkeiten, wie Liechtenstein in Zukunft dabei sein kann. Das könnte sogar vor einem etwaigen EU-Beitritt der Schweiz geregelt werden. Bezüglich der Schweiz stellt sich auch noch die Frage, ob sie den Euro übernimmt. Falls sie nur der EU beitrete, aber nicht der Währungsunion, wäre dies für uns ein Vorteil.

Arnold Matt: Für das Gewerbe hätte ein EU-Beitritt der Schweiz nicht so viele Konsequenzen. Die Bestimmungen, welche wir gegenüber Österreich haben, wären dann auch für die Schweiz gültig. Für beide Länder würden dann die gleichen gesetzlichen Vorgaben gelten. Die Flut der bilateralen Verträge und Lösungen wird sich in diesem Fall sicher vergrössern, da unser Land nur über diesen Weg am Geschehen in der EU teilhaben kann.

Impressum

Redaktion: Alexander Batliner

Layout: Monika Schratzberger

Inserate: Harald Zöchbauer

Bilder: Roland Komer/close up